

1. DIE THEORIE DER REVOLUTION UND KONTERREVOLUTION IM MARXISMUS-LENINISMUS

Es scheint uns verfehlt, die Beziehungen von KOMINTERN und Faschismus primär als Ausdruck grundsätzlicher ideologischer Feindschaft aufzufassen oder sie, umgekehrt, von vornherein unter dem Aspekt der Affinität totalitärer Systeme zu betrachten. Sie sind zuerst einmal das Ergebnis widerstreitender oder sich deckender politischer Interessen und Zielsetzungen, d. h. politischer Machtfragen. Die Bestimmung dieser Machtfragen und, damit zusammenhängend, der Methoden, der Strategie und Taktik des politischen Kampfes, ist geleitet von der jeweiligen politischen Theorie, diese aber basiert nur in beschränktem Maße auf den allgemeinen Vorstellungen von gesellschaftlicher Ordnung und gesellschaftlicher Entwicklung.

In den geläufigen Darstellungen der Geschichte der internationalen, vom Marxismus beeinflussten Arbeiterbewegung und insbesondere der kommunistischen Weltbewegung nimmt die Betrachtung der „Weltanschauung“, des „Geschichtsbildes“ des sogenannten dialektischen und historischen Materialismus allzu großen Raum ein. Die Bedeutung der pragmatischeren politischen Theorie wird bei diesen stark geistesgeschichtlich orientierten Abhandlungen dagegen meist übersehen¹. Von der Ideologie allein läßt sich noch nicht auf die jeweiligen politischen Entscheidungen der kommunistischen Führer schließen. Auch dort, wo in kommunistischen Dokumenten und Stellungnahmen zu konkreten politischen Ereignissen Geschichtsbild

¹ Wenn in den Darstellungen des Marxismus-Leninismus zwar die Philosophie, die Ökonomie, die Geschichtsauffassung und die Allgemeine Soziologie breiten Raum einnehmen, das Gebiet der politischen Theorie aber kaum systematisch behandelt worden ist, so liegt das wohl auch daran, daß die politische Theorie nicht systematisiert vorliegt, sondern sich bei Marx wie bei Lenin vor allem aus den Schriften zu aktuellen politischen Ereignissen ergibt, in denen sich Analyse und Agitation kaum voneinander trennen lassen. Für Marx sind dabei besonders wichtig die Artikel zu den Ereignissen des Jahres 1848/49 in der „Neuen Rheinischen Zeitung“, das zusammen mit Friedrich Engels verfaßte „Kommunistische Manifest“ (und hierin besonders der III. Teil über „Sozialistische und Kommunistische Literatur“), „Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte“, „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ (Über die Pariser Kommune); „Kritik des Gothaer Programms“. Weitere wichtige Aussagen über die politische Theorie im Briefwechsel von Marx und Engels, sowie in den Vorreden von Friedrich Engels zu Neuausgaben der oben genannten Schriften. Im Werk Lenins überwiegen die Schriften auf dem Gebiete der politischen Theorie so sehr, daß nur die wichtigsten genannt werden können: z. B. „Was tun? (Brennende Fragen unserer Bewegung)“ aus dem Jahre 1902; „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück. (Die Krise unserer Partei)“ – 1904; „Der Radikalismus“, die Kinderkrankheit des Kommunismus (Versuch einer populären Darstellung der marxistischen Strategie und Taktik) – April 1920. Neben Lenin muß als maßgeblicher politischer Theoretiker des Marxismus-Kommunismus vor allem Leo Trotzki mit seinen Arbeiten „Die permanente Revolution“ (1906), „5 Jahre Kommunistische Internationale“ (1924), und der Broschüre „Was nun? – Schicksalsfragen des deutschen Proletariats“ (Berlin 1932) genannt werden.

und Weltanschauung ausdrücklich zitiert und „bemüht“ werden, handelt es sich doch zumeist um vordergründige propagandistisch-rhetorische Stilisierung, und der kritische Historiker und Soziologe wird solche Fälle demonstrativer Motivierung nicht unbesehen hinnehmen und die – um mit Max Weber zu sprechen – offizielle „Legende“ nicht einfach glauben.

„Der Faschismus ist eine klassische Form der Konterrevolution in der Verfallsepoche der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in der Epoche der proletarischen Revolution“ – so lautete die prägnanteste Formel, die der V. Weltkongreß der Komintern im Sommer 1924 in seiner „Resolution über den Faschismus“ prägte (vgl. Dok. I/20). Das hierin enthaltene Begriffs-Muster von Revolution und Konterrevolution ist ältestes Element marxistischer Theorie. Die damit verknüpfte und mit prophetisch-chiliasmatischem Unterton vorgebrachte These, daß der Faschismus nur ein Epiphänomen des Zerfalls der kapitalistischen Gesellschaft, Ausdruck letzter verzweifelter Gegenwehr gegen die (angeblich schon im Gange befindliche) proletarische Revolution und sozusagen ihr Vorbote sei, entstammt dagegen in ihren wesentlichsten Zügen erst der voluntaristischen Wirklichkeitsumdeutung, wie sie nach der Oktober-Revolution durch Lenin und Trotzki ausgebildet wurde.

Die Beziehungen von Revolution und Konterrevolution wurden von Marx nicht „idealistisch“ als Antagonismus zweier Prinzipien in der Weltgeschichte, sondern „materialistisch“ als Klassenkampf aufgefaßt, d. h. als Auseinandersetzungen, die bestimmt sind, durch die Produktionsverhältnisse, die politischen Institutionen und den Grad des politischen Bewußtseins der einzelnen gesellschaftlichen Gruppen. Sie waren aber auch nicht „manichäisch“ oder „eschatologisch“ als „Endkampf“ von „Gut“ und „Böse“ gemeint. Marx und Engels waren sich sehr wohl bewußt, daß Revolution und Konterrevolution nur „Momente“ – von der Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse durch Reflexion abstrahierte Erscheinungen – sind, daß dieses einfache Leitbild sich für die Politik als mehr kompliziert erweist. Die im kommunistischen Manifest aufgestellte These, daß „die Epoche der Bourgeoisie . . . die Klassengegensätze vereinfacht“, die Aufspaltung der ganzen Gesellschaft „in zwei große feindliche Lager“ (Bourgeoisie und Proletariat) bewirkt habe und in sich die Tendenz zu „fortwährender“ weiterer Revolutionierung und Vereinfachung aller gesellschaftlichen Verhältnisse berge, aus der letzten Endes die proletarische Revolution hervorgehen werde, ist ergänzt und kompliziert durch andere, aus den tatsächlichen gesellschaftlichen und politischen Vorgängen gewonnene Erfahrungen und Einsichten.

Schon im „Manifest“ heißt es: Zwar produziert der Bourgeois das Proletariat, und das Proletariat vereinigt sich und organisiert sich „zur Klasse und damit zur politischen Partei“, aber „diese Organisation . . . wird jeden Augenblick wieder gesprengt durch die Konkurrenz unter den Arbeitern selbst“. Die Bourgeoisie wiederum befindet sich „in fortwährendem Kampfe: anfangs gegen die Aristokratie; später gegen die Teile der Bourgeoisie selbst, deren Interessen mit dem Fortschritt der Industrie in Widerspruch geraten, stets gegen die Bourgeoisie aller auswärtigen Länder. In allen diesen Kämpfen sieht sie sich genötigt, an das Proletariat zu appellieren, seine

Hilfe in Anspruch zu nehmen und es so in die politische Bewegung hineinzureißen.“ Die politische Konstellation und damit auch die politische Strategie sei weiter noch durch die Lage der anderen Klassen kompliziert: „Die Mittelstände, der kleine Industrielle, der kleine Kaufmann, der Handwerker, der Bauer, sie alle bekämpfen die Bourgeoisie, um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergang zu sichern. Sie sind also nicht revolutionär, sondern konservativ. Noch mehr, sie sind reaktionär, sie suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen.“ Ausdrücklich weisen Marx und Engels im „Manifest“ auf die politische Rolle des „Lumpenproletariats“ hin: „Das Lumpenproletariat, diese passive Verfaulung der untersten Schichten der alten Gesellschaft, wird durch eine proletarische Revolution stellenweise in die Bewegung hineingeschleudert, seiner ganzen Lebenslage nach wird es bereitwilliger sein, sich zu reaktionären Umtrieben erkaufen zu lassen.“

Die Verfasser des „Manifests“ erkannten gleichfalls, daß alle diese Kollisionen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft ihren Widerhall auch in den verschiedenen Richtungen des Sozialismus und der Arbeiterbewegung finden. Sie unterschieden (im III. Teil des Manifests) zwischen einem „reaktionären Sozialismus“; – dem „feudalen“, „kleinbürgerlichen“ und „deutschen Sozialismus“; dem „konservativen oder Bourgeoisozialismus“ und dem „kritisch-utopistischen Sozialismus und Kommunismus“. Und sie empfahlen deshalb für die aktuelle politische Situation in den einzelnen europäischen Ländern: unterschiedliche Bündnisse der Sozialisten und eine unterschiedliche Strategie des politischen Kampfes.

Die frühe marxistische politische Theorie exemplifizierte sich sodann vor allem in der Stellungnahme zu den Ereignissen der Revolution von 1848/49 in Preußen, Österreich-Ungarn, Italien und insbesondere in Frankreich. Für Deutschland lautete das Fazit, das Engels 25 Jahre später in seinem Artikel „Marx und die Neue Rheinische Zeitung“ (erschieden im Züricher „Sozialdemokrat“, 13. März 1884, Nr. 11) noch einmal zusammenfaßte: Weder das deutsche Bürgertum, noch die deutsche Arbeiterklasse vermochten in der aktuellen nationalen und internationalen Machtkonstellation zu siegen, der Sieg der Konterrevolution war 1848/49 in Deutschland zwingend. – Den Drehpunkt dieser zwingenden Mechanik sah Marx in der Insurrektion der Pariser Arbeiter im Juni 1848. Er war einer der wenigen Theoretiker und Publizisten in Europa, der die Bedeutung der Juni-Insurrektion für die weitere Entwicklung der Revolution mit aller Prägnanz herausarbeitete. In der „Neuen Rheinischen Zeitung“ vom 29. Juni 1848 schrieb Marx:

„Die Februarrevolution war die *schöne* Revolution, die Revolution der allgemeinen Sympathie, weil die Gegensätze, die in ihr gegen das Königtum eklatierten, *unentwickelt*, einträchtig nebeneinander schlummerten, weil der soziale Kampf, der ihren Hintergrund bildete, nur eine luftige Existenz gewonnen hatte, die Existenz der Phrase, des Worts. Die *Junirevolution* ist die *häßliche* Revolution, die abstoßende Revolution, weil an die Stelle der Phrase die Sache getreten ist, weil die Republik das Haupt des Ungeheuers selbst entblößte, indem sie ihm die schirmende und versteckende Krone abschlug . . . Keine der zahllosen Revolutionen der französischen Bourgeoisie seit 1789 war ein Attentat auf die *Ordnung*, denn sie ließ die Herrschaft der Klasse, sie ließ die Sklaverei

der Arbeiter, sie ließ die *bürgerliche Ordnung* bestehen, so oft auch die politische Form dieser Herrschaft und dieser Sklaverei wechselte. Der Juni hat die Ordnung angetastet. Wehe über den Juni!“

In unserem Zusammenhang ist die Beurteilung der Juni-Insurrektion aber vor allem insofern von Wichtigkeit, als sich hieran zeigt, wie intensiv und differenziert Marx nicht nur die einzelnen Phasen der Revolution und Gegenrevolution herausarbeitete, sondern auch ihre Eigengesetzlichkeit realisierte. Ein anschauliches Beispiel dafür ist das Schema des Ereignisverlaufs, das er 1852 in der Schrift „Der 18. Brumaire des Louis Napoleon“ (Berlin, 1953) aufzeichnete (S. 111 f.):

- „I. Periode. Vom 24. Februar bis 4. Mai 1848. Februarperiode. Prolog. Allgemeiner Verbrüderungsschwindel.
- II. Zweite Periode. Periode der Konstituierung der Republik und konstituierenden Nationalversammlung.
 - 1. 4. Mai bis 25. Juni 1848. Kampf sämtlicher Klassen gegen das Proletariat in den Junitagen.
 - 2. 25. Juni bis 10. Dezember 1848. Diktatur der reinen Bourgeoisie-Republikaner. Entwerfung der Konstitution. Verhängung des Belagerungszustandes über Paris. Die Bourgeoisiediktatur am 10. Dezember beseitigt durch die Wahl Bonapartes zum Präsidenten.
 - 3. 20. Dezember 1848 bis 28. Mai 1849. Kampf der Konstituante mit Bonaparte und der mit ihm vereinigten Ordnungspartei. Untergang der Konstituante. Fall der republikanischen Bourgeoisie.
- III. Dritte Periode. Periode der konstitutionellen Republik und der legislativen Nationalversammlung.
 - 1. 28. Mai 1849 bis 13. Juni 1849. Kampf der Kleinbürger mit der Bourgeoisie und mit Bonaparte. Niederlage der kleinbürgerlichen Demokratie.
 - 2. 13. Juni 1849 bis 31. Mai 1850. Parlamentarische Diktatur der Ordnungspartei. Vollendet ihre Herrschaft durch Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts, verliert aber das parlamentarische Ministerium.
 - 3. 31. Mai 1850 bis 2. Dezember 1851. Kampf zwischen der parlamentarischen Bourgeoisie und Bonaparte.
 - a) 31. Mai 1850 bis 12. Januar 1851. Das Parlament verliert den Oberbefehl über die Armee.
 - b) 12. Januar bis 11. April 1851. Es unterliegt in den Versuchen, sich der Administrationsgewalt wieder zu bemächtigen. Die Ordnungspartei verliert die selbständige parlamentarische Majorität. Ihre Koalition mit den Republikanern und der Montagne.
 - c) 11. April 1851 bis 9. Oktober 1851. Revisions-, Fusions-, Prorogationsversuche. Die Ordnungspartei löst sich in ihre einzelnen Bestandteile auf. Der Bruch des Bourgeoisieparlaments und der Bourgeoisiepresse mit der Bourgeoisiemasse konsolidiert sich.
 - d) 9. Oktober bis 2. Dezember 1851. Offener Bruch zwischen dem Parlament und der Exekutivgewalt. Es vollzieht seinen Sterbeakt und unterliegt, von seiner eigenen Klasse, von der Armee, von allen übrigen Klassen im Stich gelassen. Untergang des parlamentarischen Regimes und der Bourgeoisieherrschaft. Sieg Bonapartes. Imperialistische Restaurationsparodie.“

Schon diese Übersicht macht deutlich, daß Marx im Kampf von Revolution und Konterrevolution einen Prozeß von größter Komplexität erblickte, der nicht ohne

weiteres mit den allgemeinen historischen Axiomen und soziologischen Erkenntnissen des Marxismus in Zusammenhang gebracht werden kann. Die Machtkonstellationen erwiesen sich als so vielfältig, daß sie nicht theoretisch schematisiert werden konnten. Sein ausgeprägter Sinn für Differenzierungen ließ Marx auch dagegen Stellung nehmen, daß der Sieg Bonapartes und das daraus hervorgehende politische System in historischer Analogie als „Cäsarismus“ bezeichnet¹ oder als Restauration des früheren Napoleonischen Kaiserreiches hingestellt wurde. Die offizielle Bonapartismus-Legende hat Marx schlechtweg als „Farce“ bezeichnet. Der Sieg des Großen Napoleon und das Kaiserreich waren für ihn keine Konterrevolution, sondern das notwendige Ergebnis aus der Mechanik der Französischen Revolution, die sich „in aufsteigender Linie bewegte“. Die Revolution von 1848 sei dagegen in „absteigender Linie“ verlaufen: Die Erhebung vom Februar 1848 habe in Frankreich, in Deutschland, in Europa im Siege der Konterrevolution geendet, wobei die Bourgeoisie und die verschiedenen Klassen der Gesellschaft sehr schnell an das Ende ihres Lateins gekommen seien, bis ihnen zur Rettung der „Ordnung“ nur noch der Rückzug auf die nackte Gewalt in ihrer phantastischsten Verbrämung verblieben sei: eben der Bonapartismus. Bonaparte, der Mann selbst, ein romantischer Phantast und gieriger Materialist, und das Instrument seiner Politik, „seine Partei“ bestehe aus der „Gesellschaft des 10. Dezember“:

„Unter dem Vorwande, eine Wohltätigkeitsgesellschaft zu stiften, war das Pariser Lumpenproletariat in geheime Sektionen organisiert worden, jede Sektion von bonapartistischen Agenten geleitet, an der Spitze des Ganzen ein bonapartistischer General. . . Dieser Bonaparte, der sich als Chef des Lumpenproletariats konstituiert, der hier allein in massenhafter Form die Interessen wiederfindet, die er persönlich verfolgt, der in diesem Auswurf, Abfall, Abhub aller Klassen die einzige Klasse erkennt, auf die er sich unbedingt stützen kann, er ist der wirkliche Bonaparte.“ (Der 18. Brumaire, a. a. O., S. 70)

Diese Definition der bonapartistischen „Partei“ paßt nur „letzten Endes“ in das allgemeine Schema des Klassenkampfes. Das gleiche gilt von der Analyse der „Klassenbasis“ des Bonapartismus in Frankreich, so wenn Marx im „18. Brumaire“ die französischen Parzellenbauern, die „die zahlreichste Klasse der französischen Gesellschaft“ seien, als die eigentliche soziale Basis des Bonapartismus darstellt und von ihnen sagt: sie bildeten insofern eine Klasse als Millionen von Familien unter ökonomischen Existenzbedingungen leben, die ihre Lebensweise, ihre Interessen und ihre Bildung von denen der anderen Klassen trennen und ihnen feindlich gegenüberstehen. Klasse (im Sinne des Bewußtseins) seien sie aber nicht, da ihre Arbeits- und Lebensbedingungen keine nationale Verbindung und keine politische Organisation hervorbringen könnten. Und Marx zieht daraus die bemerkenswerte Erkenntnis:

¹ Gegen den Begriff des Cäsarismus wandte er ein, daß (nach einem bedeutenden Ausspruch Sismondis) das römische Proletariat auf Kosten der Gesellschaft gelebt habe, die moderne Gesellschaft dagegen auf Kosten des Proletariats lebe. „Bei so gänzlicher Verschiedenheit zwischen den materiellen, ökonomischen Bedingungen. . . können auch seine politischen Ausgeburten nicht mehr miteinander gemein haben als der Erzbischof von Canterbury mit dem Hohenpriester Samuel“. (Der 18. Brumaire, a. a. O., S. 7)

„Sie sind daher unfähig, ihr Klasseninteresse im eigenen Namen, sei es durch ein Parlament, sei es durch einen Konvent geltend zu machen. Sie können sich nicht vertreten, sie müssen vertreten werden. Ihr Vertreter muß zugleich als ihr Herr, als eine Autorität über ihnen erscheinen, als eine unumschränkte Regierungsgewalt, die sie vor den anderen Klassen beschützt und ihnen von oben Regen und Sonnenschein schickt. Der politische Einfluß der Parzellenbauern findet also darin seinen letzten Ausdruck, daß die Exekutivgewalt sich die Gesellschaft unterordnet.“ (Der 18. Brumaire, a. a. O., S. 119)

Gerade im Hinblick auf die spätere marxistisch-leninistische und stalinistische Faschismus-Interpretation, die nicht müde wurde, den Faschismus als Instrument des Großkapitals hinzustellen, und weithin übersah, daß hier ein totalitäres Herrschaftssystem *sui generis* etabliert wurde, das sich vom Klassenkampf-Schema her nicht eindeutig definieren läßt, ist es überaus bemerkenswert, daß Marx schon das bonapartistische System als eine Staatsgewalt diagnostizierte, die „sich die Gesellschaft unterordnete“. Marx erkannte, daß die Rolle der Staatsgewalt in diesem konterrevolutionären System von ganz außergewöhnlicher Natur war. Der Staat sei nicht, wie im „Manifest“ noch beschrieben, ein einfacher Ausschuß zum Schutze der bürgerlichen Interessen. Der bonapartistische Staat unterdrücke im Gegenteil alle demokratischen Rechte des Bürgertums, wenn er auch aufgrund der industriellen und wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen sei, die wirtschaftlichen Interessen eines Teils des Bürgertums zu vertreten und damit die industrielle und wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft weiterzutreiben. Der Staat des Bonapartismus erscheint Marx als das Endprodukt der Perfektionierung der Exekutivgewalt in der politischen Geschichte Frankreichs:

„Diese Exekutivgewalt mit ihrer ungeheuren bürokratischen und militärischen Organisation, mit ihrer weitsichtigen und künstlichen Staatsmaschinerie, ein Beamtenheer von einer halben Million neben einer Armee von einer anderen halben Million, dieser fürchterliche Parasitenkörper, der sich wie eine Netzhaut um den Leib der französischen Gesellschaft schlingt und ihr alle Poren verstopft, entstand in der Zeit der absoluten Monarchie, beim Verfall des Feudalwesens, den er beschleunigen half. Die herrschaftlichen Privilegien der Grundeigentümer und Städte verwandelten sich in ebenso viele Attribute der Staatsgewalt, die feudalen Würdenträger in bezahlte Beamte und die bunte Musterkarte der widerstreitenden mittelalterlichen Machtvollkommenheiten in den geregelten Plan einer Staatsmacht, deren Arbeit fabrikmäßig geteilt und zentralisiert ist. Die erste französische Revolution mit ihrer Aufgabe, alle lokalen, territorialen, städtischen und provinziellen Sondergewalten zu brechen, um die bürgerliche Einheit der Nation zu schaffen, mußte entwickeln, was die absolute Monarchie begonnen hatte: die Zentralisation, aber zugleich den Umfang, die Attribute und die Handlanger der Regierungsgewalt. Napoleon vollendete diese Staatsmaschinerie. Die legitime Monarchie und die Julimonarchie fügten nichts hinzu als eine größere Teilung der Arbeit, in demselben Maße wachsend, als die Teilung der Arbeit innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft neue Gruppen von Interessen schuf, also neues Material für die Staatsverwaltung. Jedes gemeinsame Interesse wurde sofort von der Gesellschaft losgelöst, als höheres, allgemeines Interesse ihr gegenübergestellt, der Selbsttätigkeit der Gesellschaftsmitglieder entrissen und zum Gegenstand der Regierungstätigkeit gemacht, von

der Brücke, dem Schulhaus und dem Kommunalvermögen einer Dorfgemeinde bis zu den Eisenbahnen, dem Nationalvermögen und der Landesuniversität Frankreichs. Die parlamentarische Republik endlich sah sich in ihrem Kampfe wider die Revolution gezwungen, mit den Repressivmaßregeln die Mittel und die Zentralisation der Regierungsgewalt zu verstärken. Alle Umwälzungen vervollkommneten diese Maschine statt sie zu brechen. Die Parteien, die abwechselnd um die Herrschaft rangen, betrachteten die Besitznahme dieses ungeheuren Staatsgebäudes als die Hauptbeute des Siegers.

Aber unter der absoluten Monarchie, während der ersten Revolution, unter Napoleon, war die Bürokratie nur das Mittel, die Klassenherrschaft der Bourgeoisie vorzubereiten. Unter der Restauration, unter Louis Philippe, unter der parlamentarischen Republik war sie das Instrument der herrschenden Klasse, so sehr sie auch nach Eigenmacht strebte.

Erst unter dem zweiten Bonaparte scheint sich der Staat völlig verselbständigt zu haben. Die Staatsmaschine hat sich der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber so befestigt, daß an ihrer Spitze der Chef der Gesellschaft vom 10. Dezember genügt, ein aus der Fremde herbeigelaufener Glücksritter...“ (Der 18. Brumaire... , S. 116f.)

Diese Marx'sche Erkenntnis der fortschreitenden Perfektionierung der Staatsmaschinerie und ihrer Emanzipierung von der Gesellschaft, der Zunahme der bürokratischen Kompetenzen und bürokratischen Macht als Ergebnis der Klassenkämpfe, zählt zu den wichtigsten Beiträgen auf dem Gebiete der modernen politischen Theorien und der Soziologie der Politik. Max Weber und Josef Schumpeter haben sie fortgesetzt. Das konterrevolutionäre System des Bonapartismus erschien Marx und Engels in dieser Hinsicht charakteristisch für eine ganze Periode der gesellschaftlichen Entwicklung im 19. Jahrhundert. Im Jahre 1866 schrieb Friedrich Engels in einem Brief aus Manchester vom 13. April 1866 an Karl Marx zur Entwicklung in Deutschland:

„Also der Suffrage Universel coup Bismarcks ist gemacht, wenn auch ohne Lasalle. Wie es den Anschein hat, wird der deutsche Bürger nach einigem Sträuben darauf eingehen, denn der Bonapartismus ist doch die wahre Religion der modernen Bourgeoisie. Es wird mir immer klarer, daß die Bourgeoisie nicht das Zeug hat, selbst direkt zu herrschen, und daß daher, wo nicht eine Oligarchie wie hier in England es übernehmen kann, Staat und Gesellschaft gegen gute Bezahlung im Interesse der Bourgeoisie zu leiten, eine bonapartistische Halbdiktatur die normale Form ist; die großen materiellen Interessen der Bourgeoisie führt sie durch, selbst gegen die Bourgeoisie, läßt ihr aber keinen Teil an der Herrschaft selbst. Andererseits ist diese Diktatur selbst wieder gezwungen, diese materiellen Interessen der Bourgeoisie widerwillig zu adoptieren. So haben wir jetzt den Monsieur Bismarck, wie er das Programm des Nationalvereins adoptiert. Das Durchführen ist freilich etwas ganz anderes, allein am deutschen Bürger scheitert B[ismarck] schwerlich.“ (Marx-Engels: Briefwechsel, Berlin 1950, 2. Bd., S. 390).

Bei der Einschätzung des „Bonapartismus“ waren sich Marx und Engels darüber im klaren, daß dieses System auf verschiedene Weise errichtet werden und eine gleichsam auswechselbare „Klassenbasis“ haben könne. Über Bismarck bemerkte Friedrich Engels 1866 in einem Brief an Marx: „Gute Idee, den Bonaparte gegen

die Bürger spielen zu wollen, mit den Junkern hinter sich, statt der Bauern!“ (Marx-Engels: Briefwechsel, 2. Bd. S. 406).

Aus der Erkenntnis der entscheidenden Rolle der „bonapartistischen“ Staatsmacht folgerten Marx und Engels, daß es für die Arbeiterklasse um so notwendiger sei, diesen „reinen Staat“, die „riesige Maschinerie“ zu erobern, ja sie zu zerbrechen und an ihre Stelle eine neue Form der politischen Organisation der Gesellschaft zu setzen. Das hieß zugleich: im Kampf gegen die Konterrevolution könne das Proletariat nur durch die bewaffnete Gewalt siegen. In der Pariser Kommune sahen Marx und Engels deshalb das große beispielhafte Experiment. Noch während der Kommune schrieb Marx am 12. April 1871 in einem Brief an Kugelmann:

„Wenn Du das letzte Kapitel meines ‚Achtzehnten Brumaire‘ nachsiehst, wirst Du finden, daß ich als nächsten Versuch der französischen Revolution ausspreche, nicht mehr wie bisher die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andere zu übertragen, sondern sie zu zerbrechen, und dies ist die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent. Dies ist auch der Versuch unserer heroischen Pariser Parteigenossen.“ (zit. nach „Elementarbücher des Kommunismus“, Berlin, 1932, Bd. 4, S. 96)

Marx hatte noch im Herbst 1870 und Frühjahr 1871 vor einem Revolutionsversuch in Frankreich als verfrüht gewarnt und die Niederlage der Kommune prophezeit. Als der Aufstand dann doch ausbrach, fesselte er ihn jedoch als der große Versuch einer Gegenform der politischen Organisation der Gesellschaft anstelle der „Riesenapparatur des bürokratischen Staates des Bonapartismus“. Die Hauptmerkmale dieser „proletarischen sozialistischen Republik“ stellte er in seiner Schrift „Bürgerkrieg in Frankreich“ heraus: Ersetzung des stehenden Heeres durch das bewaffnete Volk, Verwandlung der Polizei und Verwaltungsexekutive in ein „jederzeit absetzbares Werkzeug der Kommune“, die Wahl absetzbarer Richter, und vor allem: die aufgrund allgemeinen Stimmrechts konstituierten, jederzeit absetzbaren und neu wählbaren kommunalen Räte als eine Form der permanenten Demokratie anstelle des parlamentarischen Repräsentativsystems.

Als nach der Niederlage der Kommune in Frankreich die bürgerliche Republik errichtet wurde, vertraten Marx und Engels die Ansicht, daß sich dadurch am „bonapartistischen Charakter“ der Epoche nichts geändert habe. Im Jahre 1892 schrieb Friedrich Engels im Vorwort zur englischen Ausgabe seiner Broschüre „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“: „Es scheint ein Gesetz der historischen Entwicklung, daß die Bourgeoisie in keinem europäischen Land die politische Macht – wenigstens nicht für längere Zeit – in derselben ausschließlichen Weise erobern kann, wie die Feudalaristokratie sie während des Mittelalters sich bewahrte.“ Der Sieg des Bürgertums in Frankreichs und der militärische und politische Sieg Bismarcks 1870/71 trieben nach Ansicht von Marx und Engels den Prozeß der Herrschaft des Staates über die Gesellschaft nur noch vorwärts. Engels wies sogar darauf hin, daß im Verlaufe der nationalstaatlichen Konkurrenz und der Gefahr großer kriegerischer Auseinandersetzungen die Rolle der Armee im modernen Staate fortschreitend zunehme und von hier eine Militärisierung von Staat und

Gesellschaft ausgehe. Gleichzeitig trete der Kapitalismus in eine neue Periode der Organisation der Produktivkräfte ein: der Konzern, das Monopol, der Staatsbetrieb würden für die Produktionsverhältnisse des Kapitalismus nach 1890 in allen fortgeschrittenen Industriestaaten typisch werden.

Je mehr die perfektionierte staatliche Exekutivmacht als entscheidendes Hindernis der Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft in den Blick trat, um so näher lag es, das Gewicht vom ökonomischen Klassenkampf auf die Methode des Staatsumsturzes zu verlegen. Es war Lenin, der mit aller Entschiedenheit die politische Theorie des Marxismus in diese Richtung entwickelte. Wie kein anderer marxistischer Theoretiker hat er sich vor allem auf die politisch-theoretischen Schriften und Aussagen von Marx und Engels gestützt, weit mehr als auf die großen ökonomischen und philosophischen Werke der Väter des Marxismus. Durch Lenin wird der Marxismus einseitig auf die politische Aktion hin orientiert. Die politische Theorie des Marxismus wird zur reinen Revolutionstheorie, Anleitung zur Eroberung der politischen Macht unter bestimmten Machtkonstellationen und mit bestimmten Methoden und Organisationen.

Die maßgebliche Fixierung der neuen Theorie geschah in Lenins Schrift „Was tun?“ mit den Thesen von der Rolle der Partei in der Vorbereitung der Revolution und in der Revolution selbst. Diese Thesen Lenins sind in starkem Maße als ein theoretischer Reflex der besonderen Situation der illegalen russischen Arbeiterbewegung unter dem zaristischen Absolutismus zu verstehen. Um so problematischer ist es, daß sie in der Folgezeit zum dogmatischen Eckstein und Inhalt der internationalen kommunistischen Bewegung gemacht wurden. Die entscheidenden Sätze Lenins über die Parteiorganisation finden sich im IV. Kapitel der Streitschrift „Was tun?“, worin er zwischen der vor allem auf den ökonomischen Kampf bedachten „Organisation der Arbeiter“ und der auf den politischen Kampf eingestellten „Organisation der Revolutionäre“ unterscheidet:

„Die Organisation der Arbeiter muß erstens eine gewerkschaftliche sein; zweitens muß sie möglichst umfassend sein; drittens muß sie möglichst wenig konspirativ sein (ich spreche natürlich hier und weiter unten vom absolutistischen Rußland). Die Organisation der Revolutionäre dagegen muß vor allem und hauptsächlich Leute erfassen, deren Beruf die revolutionäre Tätigkeit ist (darum spreche ich auch von der Organisation der Revolutionäre, wobei ich die revolutionären Sozialdemokraten im Auge habe). Vor diesem allgemeinen Merkmal der Mitglieder einer solchen Organisation muß jeder Unterschied zwischen Arbeitern und Intellektuellen vollkommen verschwinden, ganz zu schweigen von dem Unterschied der Berufe der einen und der anderen. Diese Organisation muß keine sehr breite und muß möglichst konspirativ sein . . .

Und ich behaupte: erstens daß keine einzige revolutionäre Bewegung ohne eine widerstandsfähige und die Kontinuität wahrende Führerorganisation von Dauer sein kann; zweitens daß, je breiter die Masse ist, die spontan in den Kampf hineingezogen wird, die Grundlage der Bewegung bildet und an ihr teilnimmt, um so dringender die Notwendigkeit einer solchen Organisation ist und um so fester diese Organisation sein muß . . . ; drittens daß eine solche Organisation hauptsächlich aus Leuten bestehen muß, die sich berufsmäßig mit

revolutionärer Tätigkeit befassen; viertens daß es in einem absolutistischen Lande um so schwieriger sein wird, eine solche Organisation ‚abzufangen‘, je mehr wir die Mitgliedschaft so weit beschränken, daß nur noch Mitglieder übrigbleiben, die sich berufsmäßig revolutionär betätigen und die in der Kunst des Kampfes gegen die politische Polizei berufsmäßig geschult sind; und daß fünftens um so breiter der Kreis der Personen sowohl aus der Arbeiterklasse wie aus den übrigen Gesellschaftsklassen sein wird, die die Möglichkeit haben werden, an der Bewegung teilzunehmen und sich aktiv in ihr zu betätigen.“

Lenin befand sich innerhalb und außerhalb Rußlands mit dieser Theorie von der Partei der Berufsrevolutionäre, mit seiner Betonung der illegalen Arbeit in beinahe vollkommener Isolation. Seine Ansichten über die innere Verfassung der Partei, die er als „demokratischen Zentralismus“ bezeichnete, trennte Lenin auch von der Linken innerhalb des internationalen Marxismus. Der Bruch war beinahe vollkommen, als Lenin im Jahre 1903 die junge russische Sozialdemokratische Partei wegen dieser Frage spaltete. Für Lenin und die Bolschewiki war es ganz selbstverständlich, daß die Effektivität und Funktionsfähigkeit der Partei eine zentralistische Organisation mit einheitlichem Programm, einheitlichem Statut, einheitlicher Parteidisziplin und dem leitenden Organ des Zentralkomitees zwischen den Parteitagen erfordere. Lenin wußte natürlich, daß unter den Bedingungen der Illegalität in Rußland bzw. in der Emigration dieses bürokratische Schema der Parteiorganisation eine Fiktion war. Tatsächlich bildete die konspirative bolschewistische Partei (trotz aller inneren Auseinandersetzungen) mehr oder minder ein Instrument Lenins. Kritisch bemerkte Trotzki im August 1904 in seiner Schrift „Unsere politischen Aufgaben“, daß es sich bei dem Leninschen Statut der Partei um eine Art „Substitutionalismus“ handele: „Lenins Methoden führen zu folgendem Ergebnis: zuerst tritt die Parteiorganisation (das Wahlkomitee) an die Stelle der ganzen Partei; dann nimmt das Zentralkomitee die Stelle der Organisation ein und schließlich ersetzt ein einziger Diktator das Zentralkomitee.“ Die so organisierte Partei war jedenfalls nicht die Gegenform zur bonapartistischen Staatsgewalt, wie sie Marx in der Pariser Kommune erblickt hatte.

Das Jahr 1905, der Aufruhr in Rußland – insbesondere in Petersburg und Warschau – fand die Leninsche Partei völlig unvorbereitet. Die Rolle, die sie dabei spielte, entsprach keineswegs ihren Ansprüchen, „die Vorhut der Arbeiterklasse“ zu sein. Im Gegenteil: die Revolution von 1905 gab denjenigen russischen Marxisten neuen Auftrieb, die von der Spontanität der revolutionären Massen, von ihrer schöpferischen Kraft – im Sinne der Pariser Kommune – überzeugt waren. Aus dem Streik der Petersburger Arbeiter ging jene politische Institution hervor, die von so großer Zugkraft war, daß auch Lenin sie nicht außer acht lassen konnte: die Sowjets (Räte). Der Petersburger Sowjet (der Rat der Arbeiterdeputierten) entstand keineswegs aus der Initiative der Bolschewiki, die Petersburger Bolschewiki betrachteten ihn vielmehr mit größter Zurückhaltung, und erst im weiteren Verlauf der Revolution riet Lenin seinen Genossen, mit den Sowjets enger zusammenzuarbeiten¹. Später allerdings figurierte der Räte-Gedanke in der

¹ Isaac Deutscher schreibt in seiner Trotzki-Biographie (Bd. 1, S. 129): „Der Sowjet

politischen Theorie des Marxismus-Leninismus – herausgelöst aus den spezifischen historisch-soziologischen Verhältnissen, unter denen der Sowjet 1905 in Petersburg entstanden war – als das universale Instrument der proletarischen Revolution.

Anläßlich der Revolution von 1905 wurde zum ersten Mal bemerkbar, daß sich zwischen dem revolutionären Programm der Bolschewiki und ihrer zentralistischen Führungsstruktur ein fataler Widerspruch ergeben konnte, gekennzeichnet durch mangelnde Spontaneität und Reaktionsfähigkeit in unerwartet eintretenden Situationen. Später, in der Zeit der Komintern, nahm dieser Mangel an Beweglichkeit gerade auch angesichts des Faschismus für die Kommunisten Italiens und Deutschlands oft peinliche Formen an. Beim „Marsch auf Rom“ 1922, in der Matteotti-Krise 1924 oder bei Hitlers Machtübernahme war man entweder überrascht oder es fehlte die Direktive, und die Ratlosigkeit regierte.

Die wesentlichste Differenz politisch-strategischer Art, die sich anläßlich der Revolution von 1905/1906 für die Fraktionen und Theoretiker der russischen Arbeiterbewegung ergab, betraf die Frage, welche Stellung die russische Bauernschaft in einer zukünftigen Revolution einnehmen sollte. Einmütigkeit herrschte darüber, daß der Hegemon einer künftigen Revolution gegen den zaristischen Absolutismus nicht das liberale Bürgertum sein könne, sondern allein die marxistisch geführte Arbeiterklasse. Die Menschewiki neigten dazu, in der Masse der russischen Kleinbauern eine Stütze der Reaktion und der Konterrevolution zu sehen. Ihnen erschien das Bündnis von Arbeiterklasse und liberaler Bourgeoisie die richtige strategische Formel einer zukünftigen russischen Revolution zu sein. Was die Bodenfrage betraf, so vertraten sie die Ansicht, daß die Ortsverwaltungen den grundherrlichen Besitz übernehmen sollten. Lenin und die Bolschewiki dagegen hofften auf die Entwicklung revolutionärer Tendenzen und sogar auf das Entstehen einer revolutionären Bauernpartei. Lenins These von der „demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“ war sehr allgemein und unklar. Die präziseste Strategie trug Trotzki 1906 in seinem Artikel über „Die permanente Revolution“ vor, die neben den Schriften von Karl Marx über den „18. Brumaire“ und über die Pariser Kommune zu den bedeutendsten Schriften der politischen Theorie des Marxismus zählt. Nach Lenins „Was tun?“ bedeutete er ohne Frage die radikalste Revision der politischen Theorie des klassischen Marxismus.

Was für Marx die Kommune, das waren für Trotzki die 50 Tage, in denen der Petersburger Sowjet an der Macht war. Dieses Experiment bestärkte ihn darin, daß ein entschiedener Kampf gegen den zaristischen Despotismus in Rußland ohne Rücksicht auf den geringen ökonomischen Reifegrad des Kapitalismus nur von der zahlenmäßig kleinen Arbeiterklasse geführt werden könne. Die Arbeiterklasse könne und wolle aber nicht für andere kämpfen, sondern die Revolution für sich

gewann sogleich eine außerordentliche Autorität. Er war die erste gewählte Körperschaft, die die bisher nicht wahlberechtigte Arbeiterklasse repräsentierte. Unter einer Regierung, die gerade für das Prinzip der Volksvertretung nur die höchste Verachtung übrig hatte, sollte die erste Institution, die jenes Prinzip verwirklichte, die bestehende Verwaltung alsbald moralisch in den Schatten stellen. Der Sowjet wurde sofort ein revolutionärer Faktor von erster Größe.“

machen. Das „Proletariat an der Macht“ werde jedoch auch als „Befreier der Bauernschaft auftreten“ und die Inbesitznahme des Grundbesitzes durch die Bauern sanktionieren. Zur Begründung des proletarischen Führungsanspruches verweist Trotzki auf die besondere Rolle des Staates in der Vergangenheit und Gegenwart Rußlands. Der Staat und nicht die Kapitalistenklasse habe in Rußland die Grundlagen für die industrielle und kapitalistische Entwicklung geschaffen. Das Übergewicht des Staates über die Gesellschaft mache nicht nur die Revolution unvermeidlich, sie erzwingen die sozialistische Zielsetzung dieser Revolution. Eine liberale, demokratische Zielsetzung sei unmöglich, da das russische Bürgertum wegen seiner Schwäche und seiner Verquickung mit dem absolutistischen Zarismus nicht in der Lage sei, die demokratische Revolution durchzukämpfen. Infolge der Machtkonstellation der russischen Gesellschaftsordnung sei es zum Kompromiß und zur Kapitulation vor dem Zarismus gezwungen. Gerade in dieser rückständigen Form der absolutistischen Staatsgewalt sieht Trotzki aber eine besondere Chance. Er kommt zu dem radikalen „revisionistischen“ Schluß:

„In einem wirtschaftlich rückständigen Land kann das Proletariat die Macht eher ergreifen, als in Ländern mit fortgeschrittenem Kapitalismus... Die russische Revolution erzeugt Bedingungen, unter denen die Macht... in die Hände des Proletariats übergehen kann, bevor die Politiker des bürgerlichen Liberalismus die Gelegenheit gehabt haben, ihre staatsmännische Weisheit zu zeigen.“¹

Diese aus den besonderen Verhältnissen des zaristischen Rußland gefolgerte, nach marxistischer Überlieferung geradezu ketzerische These besagt – anders gewendet –, daß der fortgeschrittene Kapitalismus (bzw. die perfektionierte Staatsmacht in den ökonomischen fortgeschrittenen Ländern) der proletarischen Revolution weniger Chancen biete als ein rückständiges Land (mit entsprechend wenig ausgebildeter Exekutive). Trotzki formulierte damit eine Einsicht, die durch Erfahrungen unserer Tage (die geringen Aussichten kommunistischer Revolution in den hochindustrialisierten Ländern und die unverminderte politische Stoßkraft des Kommunismus in den rückständigen Entwicklungsgebieten) in einem Maße bestätigt worden ist, die er selbst noch nicht ahnen konnte. Weitergedacht, hätte diese Erkenntnis auch die Diagnose der perfektionistischen faschistischen Herrschaft, wie sie sich vor allem in Deutschland auf der Grundlage einer fortgeschrittenen ökonomischen und administrativen Verfassung ausbildete, in andere Bahnen lenken können, als es seitens der Komintern später tatsächlich geschah.

Trotzki selbst hat allerdings seine These nicht als „letztes Wort“ verstanden, sondern sie nur auf den Akt des Staatsumsturzes selbst bezogen. Er blieb insofern „treuer Marxist“, als er überzeugt war, daß sich eine proletarische Revolution in *Rußland allein* nicht halten könne. Zur Lösung dieses Widerspruchs nahm Trotzki zu einer weltrevolutionären Strategie Zuflucht, deren egozentrisch-russischer und utopischer Charakter nicht zu verkennen ist:

¹ zit. nach Isaac Deutscher, Trotzki-Biographie, Bd. 1, S. 154.

„Die Arbeiterklasse Rußlands wird sich, indem sie die politische Emanzipation anführt, zu einer in der Geschichte unbekannten Höhe erheben, gewaltige Kräfte in ihren Händen vereinen und zum Urheber der Beseitigung des Kapitalismus im Weltmaßstab werden. . . Das russische Proletariat. . . wird auf die organisierte Feindschaft seitens der Weltreaktion stoßen, aber in der Welt des Proletariats die Bereitwilligkeit finden, der Revolution die organisierte Unterstützung angedeihen zu lassen. Auf sich selbst angewiesen, wird die Arbeiterklasse Rußlands unvermeidlich von der Konterrevolution in dem Augenblick niedergeschlagen, in dem die Bauernschaft dem Proletariat den Rücken kehrt. Den Arbeitern bleibt nichts anderes übrig, als das Schicksal ihrer eigenen politischen Herrschaft, und daher das Schicksal der ganzen russischen Revolution, mit dem der sozialistischen Revolution in Europa zu verknüpfen. Das russische Proletariat wird die riesige staatspolitische Macht, die ihm die zeitweiligen Umstände der russischen bürgerlichen Revolution an die Hand geben, auf die Waagschale des Klassenkampfes in der gesamten kapitalistischen Welt werfen. Ausgerüstet mit der Staatsmacht – während die Konterrevolution hinter seinem Rücken lauert und die europäische Reaktion vor ihm steht –, wird es an seine Brüder überall auf der Welt den alten Ruf richten, der diesmal der Ruf zum letzten Gefecht ist: Proletarier aller Länder vereinigt Euch.“ (Nach Isaac Deutscher, a. a. O., S. 159)

Mit Recht ist in der Literatur über den Marxismus-Leninismus darauf hingewiesen worden, daß Lenin durch seine politische Theorie von der Partei dem Marxismus einen elitären und voluntaristischen Charakter gegeben habe. Trotzki verlieh ihm mit seiner These der „permanenten Revolution“ und seiner internationalistischen Revolutionsstrategie, für die sich 1917 auch Lenin demonstrativ entschied, offensichtlich eschatologische Züge. Für ihn war der künftige revolutionäre Kampf ein Kampf von Weltrevolution und weltweiter Konterrevolution, der seinen Mittelpunkt in Rußland hatte, im Schicksal der russischen Revolution. Im Rahmen dieser politischen Theorie wurde letzten Endes jede politische Bewegung an ihrem Verhältnis zur russischen Revolution gemessen. Damit aber auch der Begriff der Konterrevolution vergrößert, simplifiziert, mystifiziert und differenzierter kritischer Analyse, wie sie Marx und Engels aufgewandt hatten, weitgehend entzogen. Verstärkend wirkten in dieser Hinsicht schließlich vor allem aber die von Lenin aus der Erfahrung des Ersten Weltkrieges abgeleiteten Theorien und Maximen, die für die Ausbildung des theoretischen Rüstzeuges des Kommunismus von entscheidender Bedeutung werden sollten. Daß die sozialistischen Parteien der II. Internationale 1914 mit wenigen Ausnahmen versagten und sich hinter ihre Regierung stellten, war für die revolutionären Marxisten von Lenin und Trotzki bis zu Rosa Luxemburg und Liebknecht ein schwerer Schock. Anknüpfend an die Schriften bürgerlicher und marxistischer Theoretiker über den Imperialismus und Monopolismus, entwickelte Lenin eine Diagnose des Krieges von großer Schärfe und Einseitigkeit, die zugleich eine eindeutig revolutionsstrategische Zielsetzung hatte: Danach war Krieg in seiner Gesamtheit ein konterrevolutionäres Ereignis:

„Der europäische, die ganze Welt erfassende Krieg trägt den scharf ausgeprägten Charakter eines bürgerlichen, imperialistischen, dynastischen Krieges. Kampf um die Märkte und Raub fremder Länder, das Bestreben, die revolutio-

näre Bewegung des Proletariats und der Demokratie innerhalb der Länder aus der Welt zu schaffen, das Bestreben, die Proletarier aller Länder zu Narren zu machen, zu spalten, abzuschlachten, indem man die Lohnsklaven der anderen Nation hetzt – das ist der einzige reale Inhalt des Krieges und seine Bedeutung.“ (Lenin, *Ausgewählte Schriften*, München, 1963, S. 311)

Aus dieser Auffassung ergab sich als revolutionäre Strategie: „Revolution gegen Krieg!“, oder nach den Worten Lenins: „die Umwandlung des imperialistischen Krieges in die proletarische Revolution!“ In seiner Schrift über den Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus versuchte Lenin dafür auch eine objektive geschichtstheoretische Begründung zu liefern: Der Krieg sei Ausdruck eines sich zersetzenden monopolistischen Kapitalismus und keineswegs – wie andere sozialistische Theoretiker und bürgerliche Theoretiker behaupteten – ein vorübergehender Konflikt, der zu einer umfassenderen, produktiveren und friedlicheren Form des Kapitalismus in der Form internationaler Supermonopole führen werde. „Monopole, Oligarchie, die Bestrebungen nach Herrschaft statt nach Freiheit, die Ausbeutung einer immer größeren Anzahl kleiner oder schwacher Nationen durch ganz wenige reiche oder mächtige Nationen – all das erzeugt jene Merkmale des Imperialismus, die uns veranlassen, ihn als parasitären oder in Zersetzung befindlichen Kapitalismus zu kennzeichnen.“ (Lenin, *op. cit.* S. 523.) In dieser Version war auch bereits die Teilung der Welt in besitzende und nichtbesitzende Nationen formuliert, womit auf sehr vereinfachte Weise der Antikolonialismus in die revolutionären Bewegungen des Marxismus miteinbezogen wurde.

Es liegt fast auf der Hand, daß dabei nicht die Analyse objektiver gesellschaftlicher Entwicklungen die politische Theorie leitete, sondern umgekehrt der instinktsichere Revolutionsstrategie die Situation und die Kräfte erfaßte und bezeichnete, die geeignet schienen, den Krieg revolutionär auszunutzen und zu wenden. Das verhinderte aber nicht, daß namentlich die Formel vom Imperialismus und Krieg als Ausdruck der Zersetzung des Monopolkapitalismus dogmatischen Rang erhielt.

Ähnliches gilt von der gleichzeitig entwickelten Theorie über die Ursachen des kriegswilligen Verhaltens der Führer der sozialistischen Parteien und eines Teils ihrer Mitglieder, die Lenin im Vorwort zur deutschen und französischen Ausgabe seiner Imperialismus-Schrift im Juli 1920 noch einmal zusammenfaßte:

„Es ist klar, daß man bei solch gigantischem Extraprofit [durch imperialistische Raub- und Kriegsgewinne]... die Arbeiterführer und eine Oberschicht der Arbeiteraristokratie bestechen kann. Sie wird denn auch von den Kapitalisten der ‚fortgeschrittenen‘ Länder bestochen durch tausenderlei Methoden, direkte und indirekte, offene und versteckte. Diese Schicht der verbürgerlichten Arbeiter, oder der ‚Arbeiteraristokratie‘, die in ihrer Lebensart, nach ihrem Einkommen, in ihrer ganzen Weltanschauung vollkommen verspießert, ist die Hauptstütze der II. Internationale und in unseren Tagen die soziale (nicht militärische) Hauptstütze der Bourgeoisie. Denn sie sind die wirklichen Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung, die Arbeiterkommis der Kapitalistenklasse... die wirklichen Übermittler des Reformismus und Chauvinismus. Im Bürgerkrieg zwischen Proletariat und Bourgeoisie stellen sie sich

und zwar in nicht geringer Zahl, unvermeidlich auf die Seite der Bourgeoisie, auf die Seite der ‚Versailer‘, gegen die ‚Kommunarden‘.“

Diese Theorie von der Arbeiteraristokratie wurde für die Strategie der Bolschewiki und der Kommunisten von größter Bedeutung. Danach war nicht – wie bei Marx das „Lumpenproletariat“, die „amorphe Masse“ – die soziale Basis der Konterrevolution, sondern der traditionell best-organisierte, beruflich qualifizierteste Teil der Arbeiterschaft, und der Klassenkampf fand nach Lenin nun auch innerhalb der Arbeiterklasse, innerhalb der Arbeiterbewegung statt. Mit dieser Konzeption war jede Bündnispolitik – es sei denn ganz kurzfristiger und machiavellistischer Natur – zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in nationalem und internationalem Maßstabe äußerst eingeschränkt, wenn nicht sogar unmöglich gemacht. Auf der Grundlage dieser Theorie sollte es in den 20er Jahren auch zur These vom „Sozialfaschismus“ kommen (sie kommt in der folgenden Dokumentation deutlich zum Ausdruck), womit Sozialdemokraten und Faschisten als „Agenten“ und Helfershelfer des Kapitalismus auf eine Stufe gestellt wurden.

Von allen Parteien, die 1917 in der Februar-Revolution auftraten, verkörperte nach Ansicht Lenins allein seine Partei die Revolution. Er plädierte deshalb dafür, ihr den Namen „Kommunistische Partei“ zu geben, um diesen Anspruch dem Volk ganz unmißverständlich zu machen. Er war überzeugt, daß die Partei des liberalen Bürgertums (die Kadetten) die Parteien des Kleinbürgertums (Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre) früher oder später vor dem Angriff der Konterrevolution kapitulieren würden. Nach seinem Vorstellungsschema waren diese Parteien schon allein deshalb konterrevolutionär, weil sie mehr oder minder für die Fortsetzung des Krieges eintraten. Die Fortsetzung des Krieges zwang nach Meinung Lenins die Führer dieser Parteien mit den reaktionärsten Generalen der alten zaristischen Armee zusammenzuarbeiten und hemmte sie gleichzeitig, die wichtigsten politischen und sozialen Reformen in Angriff zu nehmen. Diese Parteien konnten das System der „Doppelherrschaft“ von Provisorischer Regierung und Sowjetkongreß nicht dulden.

Der Putsch des Oberkommandierenden Generals Kornilow im August 1917 erschien Lenin als der offene Versuch der Konterrevolution, die Revolution zu liquidieren. Entgegen seiner Ansicht kapitulierten Menschewiki und Sozialrevolutionäre jedoch keineswegs, sondern wandten sich zusammen mit den Sowjets und den bewaffneten Massen gegen Kornilow und schlugen den Aufstand nieder. Menschewiki und Sozialrevolutionäre versuchten nach dem Kornilow-Putsch so schnell wie möglich konstitutionelle, parlamentarisch-demokratische Verhältnisse zu schaffen; die Kommunisten dagegen, die radikalisierte politische Lage durch einen militärischen Aufstand für sich auszunutzen. Mit der Losung „Friede, Land, Alle Macht den Räten!“ gewannen sie nach dem Kornilow-Putsch immer stärkeren Einfluß auf die kriegsmüden Soldaten, die Bauern und die Arbeiterschaft in den Städten. Zwar schrieb Lenin im September 1917 noch von der Möglichkeit eines friedlichen Übergangs zur Sowjetmacht, aber gleichzeitig drängte er die keineswegs zum militärischen Umsturz bereite Partei im gleichen Monat, den militärischen Aufstand vorzu-

bereiten. Der Zusammenbruch der staatlichen Autorität, der militärischen Disziplin und Versorgung erschien Lenin als die einmalige Gelegenheit, an einem Punkte, in Petersburg, mit militärischen Mitteln die Macht zu ergreifen. Der Aufstandsplan Lenins war kaum noch mit einer Analyse der Klassenlage Rußlands motiviert, sondern gründete fast ausschließlich auf der Analyse der Petersburger Machtkonstellation und entwickelte daraus mit lapidarer Eindringlichkeit die notwendigen Schritte¹:

„Zuerst die Proklamation des Programms der Bolschewiki; dann die endgültige Loslösung der bolschewistischen Partei von allen parlamentarisch-demokratischen Einrichtungen und damit den Bruch ‚mit allen anderen Parteien‘; die intensive Agitation in den Betrieben und Kasernen unter dem Motto: ‚Entweder restlose Annahme dieses Programms durch die Beratung oder Aufstand. Einen Mittelweg gibt es nicht. Warten darf man nicht. Die Revolution geht zugrunde‘ . . .

Um uns aber zum Aufstand marxistisch, d. h. als zu einer Kunst zu verhalten, müssen wir gleichzeitig ohne eine Minute zu verlieren, einen Stab der aufständischen Abteilungen organisieren, die Kräfte verteilen, die ergebenen Regimenter an den wichtigsten Punkten einsetzen, das Alexandertheater umzingeln, die Peter-Pauls-Festung besetzen, den Generalstab und die Regierung verhaften, gegen die Offizierschüler und die Wilde Division solche Truppen schicken, die eher zu sterben bereit sind, als den Feind in die Zentren der Stadt vordringen zu lassen; wir müssen die bewaffneten Arbeiter mobilisieren, sie zum letzten verzweifelten Kampf aufrufen; wir müssen sofort das Telegraphen- und das Telefonamt besetzen, unseren Aufstandsstab beim zentralen Telefonamt unterbringen, mit ihm alle Fabriken, alle Regimenter, alle Punkte des bewaffneten Kampfes usw. telefonisch verbinden.“

Unter der Leitung Trotzki wird der militärische Aufstand in Petersburg gegen die Bedenken eines Teils des Zentralkomitees der Partei vorbereitet, und er gelingt.

Die Oktoberrevolution in Petersburg war keineswegs ein Massenaufstand, sie war eine militärische Operation mit revolutionärer Zielsetzung. Das Prinzip der organisierten Revolution, das Konzept der Anwendung militärischer Gewalt und militärischer Methoden zeichnen seitdem das Bild des Kommunismus bei Freund und Feind mehr als alle politischen Theorien, Weltanschauungssätze und Geschichtsauffassungen. Aus der Erfahrung des Weltkrieges, der, als erster „totaler Krieg“ in der Militärgeschichte und politischen Geschichte Europas, nach der Maxime einer nicht begrenzten Anwendung der Gewalt zwischen den Feindstaaten verlief, zogen die Kommunisten den Schluß, diese Maxime auch im Kampf der Parteien und Klassen innerhalb der Staaten anzuwenden.

Nach der Oktoberrevolution wurde die leninistische Legende vom Sieg der Partei etabliert. Lenin und Trotzki hatten, dieser Legende zufolge, nicht gesiegt, weil sie eine einmalige Machtkonstellation rigoros militärisch ausnutzten, sondern weil die Leninsche politische Theorie der Partei, seine gesellschaftlich-historische Analyse, seine Weltanschauung richtig war. Kaum hatten die Kommunisten in Rußland die politische Macht in Händen, als sie bereits diese Legende vom Oktober als eine uni-

¹ Lenin, *Ausgewählte Werke*, Stuttgart 1952, S. 137.

versal anwendbare politische Theorie für die revolutionären Bewegungen in aller Welt ausgaben. Die Frage „Für oder gegen die Oktoberrevolution?“ wurde innerhalb der marxistischen Bewegung nicht nur zu einer Frage, die die Geister und die Fraktionen voneinander schied. Von ihrer Beantwortung machten es die Kommunisten abhängig, ob eine Person oder Gruppe, eine Fraktion oder eine ganze Partei revolutionär oder konterrevolutionär seien. Die Frage „Für oder wider die Oktoberrevolution?“ beinhaltete aber nicht nur die Annahme der leninistischen Legende und der tatsächlich angewandten Methode der „Kunst des Aufstandes“: sie forderte gleichzeitig die Anerkennung des politischen Systems und der politischen Methoden, die aus der Oktoberrevolution hervorgingen und welche die Kommunisten zur Festigung dieses Systems anwandten.

Dieses politische System aber wurde immer eindeutiger dadurch gekennzeichnet, daß es sich bei ihm nicht um die Diktatur des Proletariats handelte, sondern vielmehr um die Diktatur der Kommunistischen Partei. Die Partei substituierte Schritt für Schritt das Proletariat. Zwar sprach Lenin nach dem erfolgreichen Aufstand davon, daß er die parteipolitischen Kräfteverhältnisse im Sowjet – in dem Menschewiki, Sozialrevolutionäre und Anarchisten vertreten waren – anerkennen würde; er ging eine Koalition mit den Linken Sozialrevolutionären ein und ließ zeitweilig sogar das Schicksal der Konstituante offen. Lenins Konzeption von der Partei, seine Konzeption von der „Kunst des Aufstandes“, seine rigide politische Theorie von Revolution und Konterrevolution, die ihn notwendigerweise bündnisunfähig machte, drängte jedoch unter den gegebenen politischen Bedingungen der nationalen und internationalen Machtkonstellation auf eine Etablierung der Diktatur der Partei im Geschwindsschritt.

Die Instrumente der Diktatur der kommunistischen Partei bestanden in der militärischen Gewalt der Armee und dem organisierten Terror der Tscheka. Die Rote Armee richtete sich gegen Versuche bewaffneter antibolschewistischer Aktion, der organisierte Terror der Tscheka gegen antikommunistische Gesinnung und Konspiration. Im Rahmen der kommunistischen Revolutionskonzeption waren alle Gegner Konterrevolutionäre ganz gleich aus welchen Motiven, von welcher politischen Theorie geleitet, mit welchen politischen und gesellschaftlichen Zielsetzungen sie die Kommunisten bekämpften – sie waren alle „Weißgardisten“. Wer in Rußland Kommunist, Revolutionär sein wollte, mußte nicht nur grundsätzlich die leninistische Legende bejahen, die Lehre von der „Kunst des Aufstandes“, d. h. der organisierten Revolution übernehmen; er mußte nicht nur den spontanen Terror als Notwendigkeit des revolutionären Kampfes, wie er in allen Revolutionen und Bürgerkriegen auftrat, als notwendiges Mittel bejahen, sondern darüber hinaus noch den polizeistaatlichen, organisierten Terror der Tscheka. Dies waren nicht nur vorübergehende Erscheinungen oder Notmaßnahmen, begründet in den besonderen Verhältnissen der Russischen Revolution, des Bürgerkrieges und der ungünstigen strategischen Lage, in der sich die Kommunisten in Rußland wegen des Ausbleibens der erwarteten proletarischen Revolution im übrigen Europa befanden, sondern das wurde zum Bestandteil der universal gültigen politischen Theorie des Kommu-

nismus, und je isolierter die Kommunisten in Rußland wurden, um so größer wurden ihre universalen und weltpolitischen Ansprüche. Das Ergebnis dieser Überspannung der politischen Theorie war der Versuch der Organisation der Weltrevolution mit dem Instrument der Kommunistischen III. Internationale, der Komintern.

2. DIE ANFÄNGE DER KOMINTERN UND IHRE PRESSEORGANE

Die Gründung der III. Internationale, bekannt unter der Kurzform Komintern, ergab sich aus der politischen Theorie des Kommunismus fast zwingend. Vertreter der Bolschewiki und andere revolutionäre Marxisten, die seit 1917 der Kommunistischen Partei in Rußland angehörten, hatten bereits an den internationalen Konferenzen von Zimmerwald, im September 1915, und an der internationalen Konferenz in Kienthal im April 1916 teilgenommen, auf denen Vertreter des linken Flügels der sozialistischen Parteien und revolutionärer Gruppen nicht nur ihren grundsätzlichen Widerstand gegen den Krieg, den Kampf gegen den „Sozialpatriotismus“ und „Sozialchauvinismus“ bekräftigten, sondern auch den Versuch machten, die politische Strategie und die internationale politische Organisation der revolutionären Arbeiterbewegung nach dem Kriege festzulegen. Schon auf der Zimmerwalder Konferenz sprach sich Lenin für die Proklamation einer neuen Internationale aus, die Mehrheit der Zimmerwalder Versammlung lehnte diesen Gedanken jedoch ab. Sie beschränkte sich auf eine Resolution gegen den Krieg und den Chauvinismus in der Arbeiterbewegung und konstituierte lediglich ein internationales Komitee mit einem Sekretariat. Innerhalb dieser Zimmerwalder Bewegung vertieften sich im Verlaufe der Jahre 1915/16 die Differenzen. Ein Teil der „Zimmerwalder“ bejahte die Kriegsführung, so daß unter den verbliebenen „Internationalisten“ sich der Standpunkt Lenins immer stärker durchsetzte.

Nach dem Siege der Kommunisten in Rußland war die Unterstützung revolutionärer Bewegungen in Europa und insbesondere in Deutschland für Lenin und Trotzki eine Selbstverständlichkeit. Bereits am 26. Dezember 1917 veröffentlichte die ISWESTJA ein von Lenin, Trotzki und anderen kommunistischen Führern unterzeichnetes Kommuniqué, in dem diese erklärten, daß sie es für notwendig hielten, „dem linken internationalen Flügel der Arbeiterbewegung aller Länder mit allen denkbaren Hilfsmitteln, einschließlich Geld, beizustehen, gleichgültig ob diese Länder im Krieg mit Rußland oder mit ihm verbündet oder neutral“ seien¹. Die ganze Hoffnung der Kommunisten richtete sich in diesen Jahren auf den Ausbruch der kommunistischen Revolution in Deutschland. Lenin und Trotzki hatten in ihren revolutionsstrategischen Überlegungen stets ängstlich die Antwort auf die Frage vermieden, was das Schicksal der Russischen Revolution und der Weltrevolution sein werde, wenn der revolutionäre Funke nicht von Rußland auf Deutschland und das übrige Europa überspringe, d. h. sie hatten entgegen den Grundsätzen der militärischen Strategie keine Alternativstrategie entwickelt. Die Unterstützungen, welche die revolutionären Kräfte in Deutschland im Verlaufe der Jahre 1918 bis 1919 von den russischen Kommunisten erhielten, waren jedoch äußerst gering und

¹ zit. nach D. Shub: Lenin, Wiesbaden 1948, S. 314.

beschränkten sich auf revolutionäre Beratung und Versprechungen Radeks, dem es als einzigem der bekannten russischen Kommunisten gelungen war, nach Deutschland zu kommen. In der Münchner Räterevolution, wie auch in der Räterevolution in Ungarn hatte die russische Unterstützung ähnlichen Charakter: sie war entweder überhaupt nicht vorhanden oder sie reduzierte sich auf die Entsendung von „Revolutionsspezialisten“ und Beratern. Die revolutionäre Tätigkeit dieser Kommunisten war meist unrealistisch und ihr Einfluß denkbar unglücklich. Diese Beispiele „weltrevolutionärer Praxis“ bildeten die Wirklichkeit hinter der aufgebauchten kommunistischen und insbesondere der antikommunistischen Legende von der Weltrevolution. Die Kommunisten figurierten in dieser Legende als eine Art von „Weltverschwörern“, als Spezialisten der „Kunst des Aufstandes“ und des „Terrorismus“. Diese Legende formte das Bewußtsein, die Organisation und die Methoden der antikommunistischen und faschistischen Bewegungen ganz entscheidend mit.

Die Unterstützung der deutschen Revolutionäre und der übrigen revolutionären Gruppierungen in Europa erfolgte im Verlaufe der Jahre 1918/1919 auf illegalen Wegen. Der „Legende“ folgend, wie auch dem eigenen weltrevolutionären Interesse, hätte eine Unterstützung revolutionärer Bewegungen in den verschiedenen Ländern von Fall zu Fall näher gelegen. Die russischen Kommunisten ließen sich jedoch, fasziniert von ihrer Utopie der „organisierten Weltrevolution“, zur Gründung der Komintern verleiten, nachdem sich Ende 1918 die Führer der sozialdemokratischen Parteien – die verfeimten „Sozialpatrioten“ und „Sozialchauvinisten“ – ihrerseits anschickten, die II. Internationale wiederzubeleben. Es bestand die Gefahr, daß sich diese Internationale zwar nicht ein revolutionäres, aber doch ein radikal-demokratisches, anti-kapitalistisches und anti-militaristisches Programm verleihen und damit auch linken Gruppierungen die Möglichkeit geben würde, in diese erneuerte II. Internationale einzutreten. Lenin wußte, daß er die Bildung der II. Internationale nicht verhindern konnte. Er war aber entschlossen, dieser II. Internationale eine revolutionäre, kommunistische, auf Rußland orientierte und von Russen geführte Internationale entgegenzustellen.

Der Zusammenbruch der revolutionären Hoffnungen, der klägliche Zustand der kleinen kommunistischen Gruppen und Parteien, die Lage innerhalb der linken sozialistischen Parteien, wie der Sozialistischen Partei Italiens und Frankreichs, oder der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, ließen die Konstituierung einer solchen Internationale wenig erfolgversprechend erscheinen. So gering und schwach die Kräfte waren, auf die sich die russischen Kommunisten bei der Gründung einer neuen Internationale stützen konnten – dies hielt sie nicht von emphatischer revolutionärer Rhetorik und von der Utopie der „organisierten Weltrevolution“ ab. Auf dem Gründungskongreß der III. Internationale, der am 2. März 1919 in Moskau eröffnet wurde, verliehen die russischen Kommunisten oft völlig unbekannten, abenteuerlichen oder zufällig sich in Moskau befindlichen Sympathisierenden den Titel „Delegation“. Einer der wenigen tatsächlich demokratisch legitimierten Delegierten, der Vertreter des Spartakusbundes, Eberlein, protestierte

dagegen, daß die russischen Kommunisten diese Versammlung in Moskau zur Gründungsversammlung einer neuen Internationale deklarieren wollten, und die Sekretärin der Zimmerwalder Vereinigung, Angelika Balabanoff, war von der Frivolität der russischen Genossen entsetzt. Die Versammlung beschloß trotzdem die Gründung, die in einem Artikel Lenins vom 6. März 1919 in der „Prawda“ als eine dauerhafte Errungenschaft der „proletarischen Massen“ gefeiert wurde.

Im gleichen Artikel proklamierte Lenin die Erfahrungen der Oktober-Revolution zur Universaltheorie:

„Die Theorie des Marxismus, erhellt durch das klare Licht der neuen, weltumfassend reichen Erfahrung der revolutionären Arbeiter hat uns geholfen, die ganze Gesetzmäßigkeit des Geschehens zu begreifen. . . .

Die Gründung der Kommunistischen Internationale ist die Vorstufe der internationalen Republik der Sowjets, des Weltsieges des Kommunismus.“ (Lenin, Ausgewählte Werke, Bd. 2, S. 504f.)

Die III. Internationale machte sich außerdem zum Sprecher der „Kolonialrevolutionen“: „Kolonialsklaven Afrikas und Asiens! Die Stunde der proletarischen Diktatur in Europa wird für Euch als die Stunde Eurer eigenen Emanzipation schlagen!“ – hieß es in dem von Trotzki verfaßten Gründungsaufruf. Mit dergleichen optimistischen revolutionären Aufrufen projizierten die Kommunisten das Bild einer Welt im Aufruhr, eines internationalen Massenaufstandes. Diese kommunistische Illusion und Utopie trug dazu bei, daß es den antikomunistischen Bewegungen möglich wurde, die in Europa weit verbreiteten Angstgefühle gegenüber Anarchie, Massenterror und Massenaufstand, nicht zuletzt auch die Angst vor der „gelben Gefahr“, den „asiatischen Massen“ zu mobilisieren. Die Identifizierung von „Kommunismus“ und „asiatischer Bedrohung Europas“ nahm ihre propagandistischen Motive aus dieser weltrevolutionären Utopie der Komintern.

Auf dem Zweiten Weltkongreß der Komintern vom 19. Juli 1920 bis zum 7. August 1920 gab sich die Organisation ihre Verfassung. Die Dokumente dieser Verfassung sind die „Statuten der Kommunistischen Internationale (KOMINTERN)“ und die „21 Bedingungen“ zur Aufnahme von Parteien in die Internationale¹. Mit dieser Verfassung legten die russischen Kommunisten die entstehende kommunistische Weltbewegung strikt auf die Leninsche Theorie von der Partei und auf ihre Doktrin der „Diktatur des Proletariats“ fest. In der Einleitung zu den Statuten heißt es u. a.:

„Die Kommunistische Internationale stellt sich zum Ziel: mit allen Mitteln, auch mit der Waffe in der Hand, für den Sturz der internationalen Bourgeoisie und für die Schaffung einer internationalen Sowjetrepublik, als Übergangsstufe zur vollen Vernichtung des Staates, zu kämpfen. Die Kommunistische Internationale hält die Diktatur des Proletariats für das einzige Mittel, welches die Möglichkeit gibt, die Menschheit von den Greueln des Kapitalismus zu befreien. Und die Kommunistische Internationale hält die Sowjetmacht für die geschichtlich gegebene Form dieser Diktatur des Proletariats. .

¹ Vgl. dazu im einzelnen: Utopie und Mythos der Weltrevolution. Zur Geschichte der Komintern 1920–1940; hrsg. von Theo Pirker. – dtv. München 1964.

Die Kommunistische Internationale unterstützt voll und ganz die Eroberung der großen proletarischen Revolution in Rußland, der ersten siegreichen sozialistischen Revolution in der Weltgeschichte und ruft die Proletarier der ganzen Welt auf, denselben Weg zu gehen. Die Kommunistische Internationale verpflichtet sich jede Sowjetrepublik zu unterstützen, wo immer sie auch geschaffen wird. Die Kommunistische Internationale weiß: Um den Sieg schneller zu erringen, muß die um die Vernichtung des Kapitalismus und für die Schaffung des Kommunismus kämpfende Arbeiter-Assoziation eine straff zentralisierte Organisation besitzen. Die Kommunistische Internationale muß wirklich und in der Tat eine einheitliche Kommunistische Partei der ganzen Welt darstellen. Die Parteien, die in jedem Lande arbeiten, erscheinen nur als ihre einzelnen Sektionen.“¹

Diese Konzeption der „organisierten Weltrevolution“ wird noch augenfälliger in den Paragraphen 9 und 12 der Statuten, wo es heißt:

„Das Exekutivkomitee leitet die gesamte Arbeit der Kommunistischen Internationale von einer Tagung bis zur anderen, gibt mindestens in vier Sprachen das Zentralorgan der Kommunistischen Internationale (die Zeitschrift ‚Kommunistische Internationale‘) heraus, tritt mit den erforderlichen Aufrufen im Namen der Kommunistischen Internationale hervor und gibt für alle der Kommunistischen Internationale angehörenden Organisationen und Parteien bindende Richtlinien. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat das Recht, von den ihr angehörenden Parteien den Ausschluß von Gruppen und Personen zu verlangen, die die internationale Disziplin verletzen, und ebenso diejenigen Parteien aus der Kommunistischen Internationale auszuschließen, welche gegen die Beschlüsse des Weltkongresses verstoßen. Die Parteien haben das Recht, Berufung beim Weltkongreß einzulegen. Im Bedarfsfalle organisiert das Exekutivkomitee in den verschiedenen Ländern seine technischen und anderen Hilfsbüros, die völlig dem Exekutivkomitee untergeordnet sind. Die Vertreter des Exekutivkomitees erledigen ihre politischen Aufgaben im engsten Kontakt mit der Parteizentrale des betreffenden Landes.

Die allgemeine Lage in ganz Europa und Amerika zwingt die Kommunisten der ganzen Welt zur Schaffung illegaler kommunistischer Organisationen neben der legalen Organisation. Das Exekutivkomitee ist verpflichtet, dafür zu sorgen, daß das überall praktisch verwirklicht wird.“²

Die Mischung von Utopismus und bürokratischer Akririe, die diese Statuten charakterisiert, ist nicht zu übersehen. Der Glaube an die Gesetzmäßigkeit der Entwicklung zum Sozialismus und Kommunismus steht neben dem Glauben an die Möglichkeit, diese Entwicklung durch eine revolutionäre Weltpartei sozusagen militärisch und generalstabsmäßig vorwärtszutreiben. Sinowjew, der erste Vorsitzende der Komintern bezeichnete die Organisation der Komintern als den „Generalstab der Weltrevolution“.

Jede Partei oder Parteigruppe, die der III. Internationale angehören wollte, hatte außer dem Statut die „21 Bedingungen“ anzuerkennen, die Gewähr dafür bieten sollten, daß sie sich nach dem Leninschen Schema als zentralisierte, disziplinierte und

¹ zit. nach Günther Nollau: Die Internationale. – Köln 1959, S. 383 ff.

² ebenda.

prinzipientreue Partei reorganisierte. Vor allem sollte dadurch ein klarer Trennungstrich zur Sozialdemokratie und anderen sozialistischen Parteien gezogen werden, die (obwohl z. T. durchaus revolutionär in ihrer Zielsetzung) dieses Schema nicht vorbehaltlos anerkannten. In den Bedingungen 7, 12, 13 und 20 wird dies radikal ausgesprochen:

„7. Die Parteien, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünschen, sind verpflichtet, den vollen Bruch mit dem Reformismus und mit der Politik des ‚Zentrums‘ anzuerkennen und diesen Bruch in den weitesten Kreisen der Parteimitglieder zu propagieren. Ohne das ist eine konsequente kommunistische Politik nicht möglich. Die Kommunistische Internationale fordert unbedingt die Durchführung dieses Bruches in kürzester Frist. . .

12. Die der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien müssen auf der Grundlage des Prinzips des demokratischen Zentralismus aufgebaut werden. In der gegenwärtigen Epoche des verschärften Bürgerkriegs wird die Kommunistische Partei nur dann imstande sein, ihrer Pflicht zu genügen, wenn sie auf möglichst zentralistische Weise organisiert ist, wenn eiserne Disziplin in ihr herrscht und wenn ihr Parteizentrum, getragen von dem Vertrauen der Parteimitgliedschaft, mit der Fülle der Macht, Autorität und den weitgehendsten Befugnissen ausgestattet wird.

13. Die kommunistischen Parteien derjenigen Länder, in denen die Kommunisten ihre Arbeit legal führen, müssen von Zeit zu Zeit Säuberungen (neue Regierungen) des Bestandes ihrer Parteiorganisation vornehmen, um die Partei von den sich einschleichenden kleinbürgerlichen Elementen systematisch zu säubern.

20. Diejenigen Parteien, die jetzt in die III. Internationale eintreten wollen, aber ihre bisherige Taktik nicht radikal geändert haben, müssen vor ihrem Eintritt in die Kommunistische Internationale dafür sorgen, daß nicht weniger als zwei Drittel der Mitglieder ihrer Zentralkomitees und aller wichtigsten Zentralinstitutionen aus Genossen bestehen, die sich noch vor dem II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale unzweideutig für den Eintritt der Partei in die III. Internationale öffentlich ausgesprochen haben. . . .¹

Die Statuten und die 21 Bedingungen zeigen, daß das Ziel nicht primär in der Förderung revolutionärer oder radikaler Bewegungen und Strömungen in der Welt, sondern in der Schaffung gleichgearteter Parteien nach dem Ebenbilde der Kommunistischen Partei der Sowjetunion bestand. Die Komintern forderte von den Parteien nicht mehr und nicht weniger als eine vollkommene Umrüstung und Reorganisation, was letzten Endes, und ohne Rücksicht auf die Machtkonstellation in den einzelnen Ländern, zur Spaltung und Schwächung der bestehenden sozialistischen Parteien und einem kontinuierlichen Prozeß der „Säuberung“ führte. Statuten und Bedingungen muten wie die Verfassung eines religiösen Ordens, einer Geheimorganisation oder einer religiösen Erweckungsbewegung an, nicht wie die Verfassung einer Organisation, welche die Millionenmassen der Arbeiterklasse zur revolutionären Aktion in allen Ländern der Welt bewegen will. Das elitäre, das rigoristische und das diktatorisch-bürokratische Element sind in beiden Dokumenten unverkennbar. Statuten und Bedingungen haben auch in Deutschland und in

¹ Nollau, a. a. O., S. 389 u. 393.

Italien, wo man es später mit den faschistischen Bewegungen als entscheidendem Gegner zu tun hatte, die revolutionären sozialistischen Bewegungen ganz empfindlich geschwächt: in Deutschland durch die Spaltung der Unabhängigen Sozialistischen Partei auf dem Parteitag in Halle im Oktober 1920, wo Sinowjew selbst eine entscheidende Rolle spielte; in Italien durch die Spaltung der Sozialistischen Partei auf dem Parteitag von Livorno im Januar 1921.

In beiden Ländern formierten sich 1920/21 die Kräfte der Konterrevolution. In Deutschland machte der „Weißgardismus“ in Gestalt der Freikorps im Kapp-Putsch einen dilettantischen Versuch der Machtübernahme. In Italien war die Phase der revolutionären sozialistischen Initiative, die vor allem in der Erhebung des Landproletariats in der Po-Ebene im Sommer 1919 und in der Besetzung der Fabriken durch das organisierte Industrieproletariat im September 1920 Ausdruck gefunden hatte, zu Ende gegangen und hatte der gegenläufigen Tendenz Platz gemacht. In das Jahr 1921 fielen die ersten „Strafaktionen“ und gewaltsamen Angriffe der Faschisten Mussolinis, die sich gegen das lokale sozialistische Regiment richteten.

Die Spaltung der revolutionären sozialistischen Parteien bedeutete unter diesen Umständen eine empfindliche Schwächung der proletarischen Aktionsfähigkeit, sie ließ sich auch weder in Deutschland noch in Italien mit mangelnder Bereitschaft zur Aktivität motivieren. Im Gegenteil: Weder in der Abwehr des Kapp-Putsches in Deutschland, noch bei der „Besetzung der Fabriken“ in Italien hatten Kommunisten eine führende Rolle gespielt. Als sich aber nach dem Scheitern des militärischen Durchbruchs der russischen Roten Armee nach Deutschland infolge des polnischen Abwehrsieges bei Warschau (August 1920) die Komintern zu dem abenteuerlichen Umsturzversuch in Deutschland vom März 1921 entschloß, offenbarte sich der Dilettantismus der Komintern-Zentrale und ihr politischer Machiavellismus in so krasser Weise, daß die Kommunistische Partei Deutschlands in eine schwere Krise gestürzt wurde¹.

Infolge der strengen Ausrichtung nach der Moskauer Parteiführung geriet die Komintern und ihre Strategie auch in ein – politisch oft sinnloses – Abhängigkeitsverhältnis von der Entwicklung in Rußland und der dortigen Kommunistischen Partei. So mußte sie auch die Auseinandersetzung mit dem Linksradikalismus mitmachen, mit der Lenin beinahe vom ersten Tage der Machtübernahme im Oktober 1917 an zu tun hatte, und die in seiner Schrift „Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“ Mitte 1920 Ausdruck fand. Den objektiven Hintergrund dieser Abrechnung mit den Anarchisten, Syndikalisten, linken Kommunisten und anderen Kräften der „Arbeiteropposition“ bildete die Tatsache, daß sich der Kommunismus und Sozialismus in Rußland nicht in dem Tempo verwirklichen ließ, wie sich Lenin dies in den Jahren von 1917 bis 1919 vorgestellt hatte. Er mußte vielmehr eine Liberalisierung der Wirtschaftspolitik konzedieren, die auf die Interessen der Bauern, der kleinen Produzenten und selbst der Unternehmer in Industrie und Handel Rücksicht nahm. Diese Konzeption der Neuen Ökonomischen Politik (NEP) war aber nur bei gleichzeitiger Straffung der Diktatur der Partei, d. h. Stär-

¹ Vgl. dazu Ruth Fischer: Stalin und der deutsche Kommunismus. – Frankfurt/M. 1948.

kung der Diktatur des Zentralkomitees bzw. Vermehrung der Macht der Parteisekretäre möglich. Diese Tendenzen fanden ihren Ausdruck auf dem X. Parteitag der KPdSU (B) im Frühjahr 1921. Lenin schlug auf dem Parteitag die Auflösung der organisierten Gruppen und Fraktionen vor, und der Parteitag nahm diesen Vorschlag mit überwältigender Mehrheit an. Lenin setzte es auch durch, daß im neuen Parteistatut eine geheim gehaltene Klausel aufgenommen wurde, die das Zentralkomitee ermächtigte, Zuwiderhandelnde ohne Rücksicht auf ihre Stellung in der Partei auszustoßen. Lenin und auch Trotzki ging es zu dieser Zeit einfach darum, die eroberte Staatsmacht in Rußland in dieser Periode des Taktierens und Rückzuges unter keinen Umständen den Händen der Partei entgleiten oder entreißen zu lassen – ganz gleich, was der Mehrheitswille des Volkes, die Arbeiterklasse und die revolutionären Kräfte in Rußland selbst wollten.

Es war ein bezeichnendes Zusammentreffen, daß gerade in den Tagen des X. Parteitages der Aufstand in Kronstadt ausbrach. Trotzki, Tuchatschewskij und eine Reihe bekannter kommunistischer Führer mußten nach Kronstadt eilen, um den Aufstand niederzuwerfen, dessen Programm die Wiedererrichtung der Räteherrschaft und der proletarischen Demokratie vorsah. Die Kommunisten bezeichneten die Aufständischen in ihrer Propaganda als konterrevolutionäre Meuterer unter weißgardistischer Führung, und Lenin analysierte einen Monat später den Aufstand als Ergebnis von „Schwankungen des kleinbürgerlichen Elements“. Kronstadt verdeutlichte: Für die Kommunisten gab es nicht nur eine bewaffnete Konterrevolution von rechts, sondern auch eine bewaffnete Konterrevolution von links. Nur die Kommunistische Partei, die Kommunistische Internationale, repräsentierte die „reine Revolution“, alles andere war „objektiv“ Konterrevolution. Mit solchen Kategorien hatten es sich die Kommunisten letzten Endes selbst unmöglich gemacht, überhaupt noch politische relevante Unterscheidungen zwischen Revolution und Konterrevolution zu treffen.

Die vorgelegten Dokumente über „Komintern und Faschismus“ können nur im Lichte dieser Entwicklung der politischen Theorie des Marxismus-Leninismus begriffen werden. Ehe wir sie und die ihnen zugrundeliegenden Vorgänge und Entwicklungen näher beschreiben, sind noch einige Bemerkungen über die Quelle, der sie entstammen, nötig. Die INTERNATIONALE PRESSEKORRESPONDENZ (INPREKORR) erschien von 1921 bis 1933, ihre Nachfolgezeitschrift „RUNDSCHAU“ von 1933 bis 1940. Die INPREKORR war eine offizielle Publikation der Komintern. Durch sie sollte den Statuten und den 21 Bedingungen genüge getan werden, die sich auf die Vereinheitlichung der Information und Propaganda der kommunistischen Parteien bezogen. Der Charakter kommunistischer Pressepolitik wurde in Punkt 1 und 18 der „21 Bedingungen“ von der Komintern klar und eindeutig herausgestellt:

„Punkt 1: ‚Die gesamte Propaganda und Agitation muß einen wirklich kommunistischen Charakter tragen und dem Programm und den Beschlüssen der Kommunistischen Internationale entsprechen. Alle Presseorgane der Partei müssen von zuverlässigen Kommunisten geleitet werden, die ihre Hingebung für die Sache des Proletariats bewiesen haben.

Punkt 18: Alle führenden Presseorgane der Parteien aller Länder sind verpflichtet, alle wichtigen offiziellen Dokumente der Exekutive der Kommunistischen Internationale abzudrucken.“¹

Die in den Statuten erwähnte theoretische Zeitschrift der Komintern, die „INTERNATIONALE“ konnte dieser pressepolitischen, agitatorischen Aufgabe nicht gerecht werden. Die Komintern beschloß deshalb die Herausgabe einer unregelmäßig erscheinenden INTERNATIONALEN PRESSEKORRESPONDENZ. Als der Gründer „der ersten modernen kommunistischen Pressekorrespondenz, der wohlbekannten Inprekorr“ (Ruth Fischer) gilt der ungarische Kommunist Julius Alpari, der an der ungarischen Räterepublik teilgenommen hatte und über Wien nach Rußland gekommen war.

Die INPREKORR erschien anfangs nur in drei Sprachen – Deutsch, Englisch und Französisch. 1925 kam Tschechisch hinzu. Neben der zentralen Redaktion in Moskau bestanden Redaktionen in Berlin (später in Basel), Paris und London. Die Erscheinungsweise der INPREKORR war ihrem Charakter als Pressekorrespondenz entsprechend unregelmäßig. Bei wichtigen politischen Ereignissen, insbesondere bei den Sitzungen des Exekutivkomitees (EKKI), des Präsidiums und der Weltkongresse, publizierte die INPREKORR Sondernummern, in denen die Resolutionen und die Debatten abgedruckt waren. Die Moskauer Zentrale lieferte jedoch nicht nur die offiziellen Dokumente, sondern auch Berichte sogenannter „Sonderberichterstatte“ für die verschiedenen Länder oder wichtige Untersuchungen zur Lage, wie z. B. die Wirtschaftsberichte des bekannten Ökonomen Eugen Varga. Ein Teil der Berichte wurde durch die lokalen Redaktionen gestellt. Der Charakter der INPREKORR kann deshalb am besten als offiziell bis offiziös bezeichnet werden. Obwohl die lokalen Redaktionen an die Materialien aus Moskau gebunden waren und sie unmittelbar der Komintern-Zentrale unterstanden, konnten sie durch den Einschub bestimmter Artikel – wenn auch von Anfang an nur sehr kaschiert – differierende Meinungen vortragen. Sinn und Zweck der INPREKORR werden durch die redaktionelle Mitteilung in der ersten Nummer vom 24. September 1921 deutlich:

„Die Internationale Pressekorrespondenz will ein treues Bild der jeweiligen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse aller Länder bieten, die wichtigsten Erscheinungen des proletarischen Klassenkampfes darstellen, den Stand und die Fortschritte unserer Bewegung aufzeigen, ferner die für die Öffentlichkeit bestimmten Mitteilungen des Exekutivkomitees der Komm.[unistischen] Internationale vermitteln. Die Beiträge für die Korrespondenz sollen die führenden, federgewandten Genossen aus allen Ländern liefern, die ihre Arbeit in engster Gemeinschaft mit ihrer Partei leisten. Durch die Vermittlung einer möglichst genauen Kenntnis der Verhältnisse der einzelnen Länder, sowie durch das internationale Zusammenwirken bei dieser Arbeit, soll das Band zwischen den einzelnen Parteien enger geschlossen und die Kooperation erleichtert werden.“

Im Rückblick auf ihr fünfjähriges Bestehen berichtete die Redaktion der INPREKORR 1926, daß sie schon Ende 1921 in 31 Ländern 188 Mitarbeiter gehabt habe,

¹ zit. nach Nollau. Die Internationale, a. a. O., S. 583ff.

gegenwärtig aber „in 52 Ländern über 1000 Mitarbeiter“ besitze. Zugleich ist aber auch von den „Mängeln der Inprekorr“ die Rede. So wird vermerkt, daß sie mit ihrem Material manchmal recht spät herauskomme; sie liefere den Redakteuren zwar Artikel und besonderes Material für die Bearbeitung, aber die Verarbeitung – insbesondere in Revueform – lasse noch viel zu wünschen übrig.

Zweifellos war die INPREKORR bei den kommunistischen Funktionären und Aktivistinnen ein sehr begehrtes Organ. Sie gab ihnen das Gefühl, unmittelbar mit der Komintern verbunden zu sein und im Sinne des Wortes „weltrevolutionär“ informiert zu werden. Diese Wertschätzung der INPREKORR ist heute nur noch schwer zu begreifen. Die Beiträge in der INPREKORR sind in ihrer Qualität äußerst verschieden: sie reichen von den interessanten Konjunkturanalysen Vargas zu trockenen und bürokratischen Resolutionen zur Lage; vom brillanten Journalismus Radeks zur plattesten Agitation übereifriger Parteiredakteure. Insgesamt hat die INPREKORR nicht über bessere Informationen verfügt und bessere Informationen übermittelt als die bekannten Blätter der Weltpresse. Der Wert der INPREKORR als historische Quelle für die Geschichte des Kommunismus liegt einmal darin, daß in ihr weniger „die große Strategie“, als vielmehr die „täglichen Aushilfen“ bei der Einschätzung politischer Ereignisse dokumentiert sind. Es wird hier unmittelbare Konfrontation der Theorie mit der politischen Wirklichkeit von Fall zu Fall sichtbar. Nicht nur die großen theoretischen Schwenkungen sind in ihr nachzulesen, sondern auch die Schwankungen, die falschen Einschätzungen und die propagandistischen Verzerrungen. Auf dem Hintergrund der marxistischen Weltanschauung und des marxistischen Geschichtsbildes tritt diese tägliche politische Theorie unstilisiert und damit auch in allen ihren Schwächen hervor. Schon Stefan Possony wies darauf hin, daß „die Seiten der INPREKORR“ einen „ausführlichen urkundlichen Beleg“ für die Fehleinschätzung des Nationalsozialismus durch die Kommunisten darstellten und als Quelle um so wertvoller seien, da die Sowjetarchive nicht geöffnet worden sind¹.

Mit Einschränkungen gilt dies auch für die Nachfolgezeitschrift, die „Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung“, die seit 1932 in Basel herausgegeben wurde, bis März 1933 neben der INPREKORR, dann als alleiniges Organ der KOMINTERN erschien. Die Neugründung stand in Zusammenhang mit den Ereignissen in Deutschland und kann als ein weiteres Indiz dafür genommen werden, daß die Komintern sich frühzeitig auf die Niederlage der Kommunistischen Partei Deutschlands eingestellt hat. Die letzte Nummer der deutschen Ausgabe der INPREKORR erschien am 3. März 1933, als Nr. 27 des 13. Jahrgangs. Der folgenden Dokumentation wurde bis zu diesem Zeitpunkte die INPREKORR, für die Zeit ab 1. März 1933 die RUNDSCHAU zugrundegelegt. Auch die RUNDSCHAU erschien in unregelmäßiger Folge. Sie hatte weniger den Charakter einer Pressekorrespondenz als den einer Zeitschrift. Der endgültige Sieg des Stalinismus in Rußland und in der internationalen kommunistischen Arbeiterbewegung, das Fehlen eines großen Funktionärskorps, wie es vor 1933 in Deutschland bestand, dazu noch schweizerische Provinzialismen im Stil vermindern die Bedeutung, die die RUNDSCHAU verglichen

¹ Stefan Possony: *Jahrhundert des Aufbruchs*. – München 1956, S. 230.

mit der INPREKORR als publizistisch-propagandistisches Organ hatte sowie die Bedeutung, die ihr als historische Quelle zukommt. Trotzdem darf auch die RUND-SCHAU zu den bedeutendsten historischen Dokumenten der kommunistischen Weltbewegung gezählt werden. Sie stellte zu Anfang des Jahres 1940 ihr Erscheinen ein.

A. Komintern und italienischer Faschismus

Der italienische Faschismus war schon 1920/21 zu beachtlicher Stärke angewachsen, noch ehe die INPREKORR im Herbst 1921 gegründet wurde. Die Anfänge der Bewegung Mussolinis finden deshalb in der INPREKORR nicht mittelbaren Ausdruck (sie werden allerdings 1922/23 vielfach rekapituliert). Außerdem waren sowohl die Komintern wie die italienischen Kommunisten in den ersten Monaten des Bestehens der INPREKORR so sehr mit den Haus-Problemen im Lager des italienischen Sozialismus beschäftigt, daß sie die Bedeutung des Faschismus kaum gebührend berücksichtigten. Erst im Frühsommer 1922, als die faschistische Bewegung zur entscheidenden Offensive überging, mit verstärkter Kraft gegen das lokale Regiment von Sozialisten und anderen politischen Gegnern sowie gegen unliebsame Repräsentanten der staatlichen Exekutive gewaltsam zu Feld zog, dabei immer deutlicher die Straße beherrschte und selbst die Regierung einzuschüchtern und sich als „Ordnungsmacht“ aufzuspielen wußte, beginnt auch in der INPREKORR die intensive Auseinandersetzung mit der faschistischen Bewegung. Hier setzt unsere Dokumentation (Abschnitt I) ein.

Die Analyse und Beurteilung des Faschismus, auch wo sie sich den objektiven Fakten nicht verschließt, ist dabei von Anfang an verbunden mit kommunistischer Selbstrechtfertigung, sie wird umgesetzt in politische Maximen für die Kommunisten und zugleich in Anklagen gegen andere Kräfte, vor allem die verschiedenen Gruppen innerhalb der Sozialistischen Partei Italiens, deren Einfluß sowohl im Parlament wie in den Gewerkschaften weit größer war als der der KPI. Eine skizzenhafte Darlegung der vorangegangenen italienischen Entwicklung, insbesondere im Lager des italienischen Sozialismus und Kommunismus wie im Lager des Faschismus, scheint deshalb nötig, um die Dokumente ins rechte Licht zu rücken.

Von den großen Parteien der II. Internationale war die italienische Sozialistische Partei, die anlässlich des Generalstreiks von 1904 ihre Stärke in Italien erstmals deutlich demonstriert hatte, die einzige, die sich bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges konsequent an die sozialistischen Traditionen des Antimilitarismus und des Pazifismus hielt. Der proletarische Antipatriotismus der italienischen Sozialisten hatte schon in ihrem radikalen Widerstand gegen den Libyen-Krieg 1911/12 Ausdruck gefunden. Die Führer der Partei, unter ihnen auch der Parteisekretär von Forlì, Benito Mussolini, zogen aus diesem Krieg Konsequenzen, die der späteren These Lenins von der Umwandlung des Krieges in die proletarische Revolution sehr nahe kamen. Die Radikalisierung zeigte sich auch daran, daß die Mehrheit der Sozialistischen Partei vor dem Ersten Weltkrieg eine Koalition mit der führenden bürgerlich liberalen Partei (repräsentiert durch den langjährigen Ministerpräsidenten

Giolitti) verhinderte. Zu einem solchen Bündnis waren aufgrund ihrer traditionellen Abwehrstellung gegenüber dem politischen Katholizismus nicht nur die bürgerlichen Liberalen, sondern auch eine reformistische sozialistische Gruppe in der Abgeordnetenversammlung unter der Führung Turatis und Bissolatis bereit. Die Rückwirkungen des italienisch-türkischen Krieges, der in der Sozialistischen Partei die Antimilitaristen, Radikalen und Antipatrioten stärkte, entzogen einer solchen politischen Konstruktion jedoch den Boden. Die linke, radikale Tendenz wurde durch den Erfolg der Sozialistischen Partei in den allgemeinen Wahlen des Jahres 1913 noch gestärkt.

Im Ersten Weltkrieg setzte sich die Sozialistische Partei mit Nachdruck dafür ein, daß Italien den imperialen Verlockungen nicht folge, sondern das italienisch-französische Abkommen von 1912 über die Neutralität Italiens bei einem Kriege gegen die Mittelmächte einhalte. Doch auch in Italien wurde man von den Auseinandersetzungen erfaßt, die im Lager des europäischen Sozialismus über den Charakter des Krieges geführt wurden: von dem Problem, wie der Krieg die weitere Entwicklung der Demokratie und des Sozialismus beeinflussen könne. Die traditionelle österreichfeindliche nationale Haltung ließ sich „sozialpatriotisch“ begründen, und auch die internationalistisch-demokratisch-sozialistische Argumentation, wie sie der französische Sozialist Hervé vertrat, um den Kampf der französischen Republik gegen das preußische „Junkerregime“ zu rechtfertigen, fand Anklang. Die Auseinandersetzungen über die Frage der Neutralität oder des Kriegseintritts auf Seiten der Entente fanden ihren beredtesten Ausdruck im „Avanti“, dessen Direktor Benito Mussolini war.

Mussolini setzte sich im „Avanti“ sowohl mit den prinzipiellen Neutralisten in der Partei, wie z. B. Amadeo Bordiga (dem späteren Führer der Kommunisten), wie auch mit den Vertretern des „Sozialchauvinismus“ auseinander, die seiner Ansicht nach dem „delirium tremens nazionalista“ verfallen waren. Seine Position änderte sich in den Wochen nach dem Kriegsausbruch jedoch rasch. In einem Artikel vom Oktober 1914 plädierte er für eine realistische Revision des Neutralitätsstandpunktes der Partei. Am 19. Oktober 1914 versammelte sich das Direktorium der Sozialistischen Partei in Bologna und lehnte den Standpunkt Mussolinis einstimmig ab. Mussolini trat daraufhin von der Leitung des „Avanti“ zurück. Einen Monat später, nachdem er die Zeitung „Popolo d'Italia“ gegründet hatte und dort offen seine interventionistischen Ansichten vertrat, wurde er von der Mailänder Sektion aus der Sozialistischen Partei ausgestoßen. Die Verurteilung durch die Partei war einmütig. Mussolini und die Interventionisten in der Partei konnten keine einzige Sektion für ihre Politik gewinnen. Der „Popolo d'Italia“ und die im Dezember 1914 gebildeten „fasci d'azione rivoluzionaria“ blieben das Organ und die Organisation von Sektierern.

Sie spielten jedoch bei den Demonstrationen patriotischer und interventionistischer Massen im Mai 1915 eine bestimmte Rolle, als sie mit Zustimmung und im Sinne der Regierung, die sich bereits für den Kriegseintritt auf der Seite der Entente entschlossen hatte, die Mehrheit des Parlaments von der Straße her unter Druck

setzten. Die Sozialistische Partei Italiens beugte sich im Parlament zwar nicht diesem Druck, aber sie war auch nicht in der Lage, ihre antimilitaristischen und neutralistischen Mitglieder in einen offenen Kampf um die Straße zu führen. Die Sozialistische Partei Italiens blieb weiter ihren radikalen und populistisch gefärbten revolutionären Prinzipien wie ihren internationalistischen Ideen treu. Vertreter der italienischen Sozialisten nahmen nicht nur an den Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal teil, sie begrüßten mit Begeisterung die Oktoberrevolution und die internationalen revolutionären Thesen Lenins und Trotzki. Sie waren dabei weniger von der Leninschen Konzeption von der Rolle der Partei und von der „Kunst des Aufstands“ beeindruckt, als vielmehr von der Konzeption der „Diktatur des Proletariats“ in Gestalt der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte. Ein typischer Vertreter dieses „Rätekommunismus“ war Antonio Gramsci, der Vorsitzende der Turiner Sektion der Sozialistischen Partei und Herausgeber der Zeitschrift „Ordine Nuovo“¹.

Im Juli 1917 traf eine Deputation des Petrograder Sowjets in Turin ein, und kaum einen Monat danach kam es zum Aufstand eines Teils der Arbeiterschaft Turins, der nach harten, für die Arbeiter verlustreichen Kämpfen durch Einheiten der Armee niedergekämpft wurde. Von Turin, der rotesten Stadt Italiens, sollte auch die radikalste Bewegung des italienischen Proletariats nach dem Kriege ausgehen. Dabei war es jedoch charakteristisch, daß selbst die linksten Revolutionäre innerhalb der Sozialistischen Partei Italiens der sozialen Revolution den Primat vor der politischen Revolution einräumten. Es dominierte die Überzeugung: Die revolutionäre Eroberung und Umgestaltung der Gesellschaft werde beinahe automatisch den Zusammenbruch des bürgerlichen Staates herbeiführen. Der Mehrheit der Italienischen Sozialistischen Partei, welche die Oktoberrevolution und einen italienisch interpretierten Leninismus befürwortete, stand außerdem die reformistische Gruppe um den sozialistischen Fraktionsvorsitzenden Turati gegenüber, die die antidemokratischen und terroristischen Methoden der Kommunisten in Rußland entschieden ablehnten.

Die italienischen Interventionisten hatten zwar den Krieg gewonnen, aber weder waren sie ihrer nationalpolitischen Erfolge sicher, noch wurden sie ihrer froh. Die Hunderttausende von Bauern, Bürgern und Arbeitern, die aus dem Kriege zurückkehrten, sahen sich durch den Krieg in ihrem traditionellen Antimilitarismus bestärkt und drängten auf umfassende Reformen oder auf die Revolution, die einen neuen Krieg unmöglich machen sollten. Dieser Wille zur Umgestaltung der italienischen Gesellschaft war 1918/19 so stark, daß sich kaum eine politische Gruppe ihm entziehen konnte. Auch die faschistische Bewegung, die am 23. März 1919 in Mailand von Mussolini gegründet wurde, stand im Bann dieser revolutionären Gesinnung und gab sich ein republikanisch-radikales Programm: Republik, Agrarreform, Abschaffung des Senats, Konfiskation der Kirchengüter, teilweise Kapitalexpropriation und die Einrichtung von Wirtschaftsräten neben dem Parlament. Dieses Programm Mussolinis war strategisch auf ein Bündnis mit der antileninistischen Rechten in der Sozialistischen Partei und in den Gewerkschaften gerichtet. Für die Mit-

¹ Vgl. Palmiro Togliatti: Antonio Gramsci. – Berlin 1954.

glieder der italienischen Arbeiterbewegung in beinahe allen ihren Richtungen galt aber Mussolini als „Renegat“, als „Verräter“ und „bezahlter Agent“, so daß ein Bündnis mit ihm undenkbar war. Mussolini und seine politischen Freunde waren in diesem Jahre 1919 auch bereits zu eng mit den nationalistischen „arditi“ verbündet, die ihre chauvinistischen und rechtsradikalen Ziele – ähnlich wie die Freikorps in Deutschland – in Form von militärischen „Stoßtruppunternehmen“ verfolgten, im April 1919 nach einer Straßenschlacht die Redaktion des „Avanti“ in Mailand erobert und in Brand gesetzt hatten und im September 1919 mit dem Dichter d’Annunzio an der Spitze den Handstreich auf Fiume ausführten.

Beherrschend blieben im Jahre 1919 jedoch die Erfolge der Sozialisten, die im November 1919 bei den Parlamentswahlen einen großen Sieg errangen und mit 156 Abgeordneten als stärkste Partei in die Kammer einzogen. Die Faschisten dagegen erlitten eine deprimierende Niederlage. Mussolini, der in Mailand kandidiert hatte, erhielt dort nur etwas über 4000 Stimmen. Der Fortschritt des Sozialismus schien in Italien unaufhaltsam zu sein. Wie schwankend diese Stimmung war, zeigte sich jedoch frühzeitig, etwa bei der Parlamentseröffnung Ende 1919. Als die Sozialisten hierbei eine Erklärung im Sinne des Antipatriotismus und des Antimilitarismus abgaben, wurde dies von den Nationalisten lautstark als eine „Verleumdung der Gefallenen“ gebrandmarkt. Nationalistisch-radikale Gruppen machten nach der Sitzung des Parlaments Jagd auf sozialistische Abgeordnete in den Straßen Roms und mißhandelten sie.

Die radikale Rechte war entschlossen, ohne Rücksicht auf die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse und die staatliche Exekutive mit Gewalt und mit militärisch organisierten Stoßtrupps auf eigene Faust zu handeln. Daß es ein Jahr lang nicht gelang, D’Annunzio und seine Freikorps zum Abzug aus Fiume zu zwingen, erhöhte nur das Prestige solchen Vorgehens.

Zur gleichen Zeit wurde auf sozialistischer Seite die soziale Revolution weitergetrieben. Die sozialistisch geführten Kommunen sahen sich als die Zellen einer umfassenden Diktatur des Proletariats, einer sozialistischen Republik; auf den Rathäusern wehten die roten Fahnen an Stelle der Trikolore. In enger Zusammenarbeit von Gemeinderat, Stadtverwaltung, Gewerkschaften, Genossenschaften und Betriebsräten entstand tatsächlich so etwas wie eine kommunale Diktatur des Proletariats, die dem Bürger- und Unternehmertum die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen diktierte – meist ohne Rücksicht auf die lokale und nationale Wirtschaftslage. Den ersten stärksten Ausdruck fand dieser Prozeß der sozialen Revolutionierung durch die Eroberung der Emilia, wo das Landproletariat im Spätsommer 1919 die Latifundien in Besitz nahm und die Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft im Sinne einer Diktatur des Proletariats umgestaltete. Träger dieser Aktion waren die Ligen der Tagelöhner (braccianti), der am meisten proletarischen und ausgebeuteten Schicht der Landarbeiter, bei denen die Nachkriegsteuerung zur revolutionären Entladung geführt hatte.

Um als Kollektiv ausreichende Löhne und für alle einzelnen gleichartige Bedingungen zu sichern, errichteten sie nun ihrerseits eine „außerordentlich tyrannische“

Diktatur¹. Dem Eigentümer oder Pächter wurde die Beschäftigung und Entlohnung einer bestimmten Anzahl von Arbeitern auferlegt, ob er sie brauchen konnte oder nicht. Und der einzelne Arbeiter konnte nur im Einvernehmen mit der Liga über seine Arbeitskraft verfügen. Wer die Solidarität durchbrach, wurde erbarmungslos „boykottiert“: „Kein Händler verkaufte ihm Brot, kein Schreiner tat ihm eine Handumdrehung, kein Arzt wagte sein Haus zu besuchen. Die monopolistische Verfügung der Ligen über die Arbeitskraft ging manchmal so weit, daß ein Pächter mit einer „tagla“ (Steuer) belegt wurde, weil er seinen Sohn zur Arbeit geschickt hatte, der nicht Mitglied der Liga war“².

Zum zweiten Ereignis revolutionären Charakters kam es ein Jahr später im September 1920, als, ausgehend von einem allgemeinen Streik der Metallarbeiter, die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft, um ihren Forderungen Nachdruck zu verschaffen, rund 500 Fabriken mit beinahe militärischer Präzision und Disziplin besetzte. Die „syndikalistische“ Aktion wurde jedoch nicht zu einer „Diktatur des Proletariats“ ausgenutzt. Infolge des Einlenkens der Unternehmer und einer geschickten Vermittlungspolitik der Regierung Giolitti sowie unter dem Einfluß des rechten Flügels der Sozialisten, die jede revolutionäre Gewaltanwendung mißbilligten, wurden die besetzten Fabriken nach 14 Tagen wieder geräumt – ein deutliches Indiz der mehr auf evolutionäre als auf revolutionäre Entwicklung hinsteuernenden Politik der italienischen Gewerkschaftsbewegung.

Die lokale Diktatur des Landarbeiter-Proletariats und die Fabrikenbesetzung waren von der Regierung, den bürgerlichen Parteien, von Großgrundbesitzern und Unternehmern weithin fatalistisch hingenommen worden. Dazu kam, daß bei den Kommunalwahlen vom 31. Oktober 1920 die Sozialisten ihren Einfluß noch weiter auszudehnen vermochten. Es schien nur eine Frage der Zeit zu sein, wann Italien rot werden würde, wann die soziale Revolution in die politische Revolution umschlagen würde. In dieser Situation gewann die faschistische Bewegung entscheidenden Auftrieb. Die militanten Scharen Mussolinis rissen die „herrschenden Klassen“ aus der Lethargie und erschienen den bürgerlichen Politikern als hilfreiche Werkzeuge. Ihre Entschlossenheit zum terroristischen Kampf gegen die Roten glaubte man um so mehr für sich spielen lassen und als Gegengewicht gegen die Sozialisten betrachten zu können, als der Faschismus insgesamt politisch noch unbedeutend und deshalb auch ungefährlich erschien.

Daß die Sozialisten in dem entscheidenden Moment der durch die Fabrikenbesetzung herbeigeführten revolutionären Situation nicht aktiv handelten, sondern freiwillig den Rückzug antraten, bedeutete eine wesentliche Ermunterung der Gegenkräfte; zugleich auch eine Enttäuschung für diejenigen, die eine revolutionäre Umwälzung erwarteten und statt dessen erlebten, daß die Kraft der organisierten Arbeiterschaft sich in lokaler sozialistischer Rathauspolitik oder in einer Kette von Streikbewegungen erschöpfte, die sich angesichts der allgemeinen Teue-

¹ Vgl. Ernst Nolte: *Der Faschismus in seiner Epoche*. – München 1963, S. 250f.

² Ebenda.

rung mehr und mehr unbeliebt machte. Auch aus den Schichten des Proletariats erhielt Mussolini jetzt Zulauf.

Diese Wende zur gegenrevolutionären Aktivität, die sich im Herbst 1920 zeichnete, findet auch in der späteren Beurteilung der INPREKORR vielfachen Ausdruck und wurde der Italienischen Sozialistischen Partei als klägliches Versagen angekreidet. So wenn es dort heißt: „Die Unfähigkeit der Sozialistischen Partei, die großartige Besetzung der Fabriken und Ländereien in den revolutionären Kampf überzuführen“, habe „die darauffolgende Erschlaffung der proletarischen Kräfte“ und das „Wiederaufleben der bürgerlichen Kampfbereitschaft“ bewirkt (Dok. I/7). Oder wenn Sinowjew im November 1922 rückblickend erklärte: „Nach Aufgabe der Fabrikenbesetzung habe das Bürgertum das Fürchten verlernt“, der Sozialismus habe „die Macht vertrödelt“, während Mussolini zwar keine überzeugende Ideologie, aber eindrucksvolle Entschlossenheit und Aktivität um jeden Preis entwickelt habe (Dok. I/11).

Vom Oktober bis zum Ende des Jahres 1920 stieg die Zahl der Fasci von 190 auf 800. Der Faschismus ging nach dem September 1920 zum entschlossenen Angriff auf die „Roten“ über. Er organisierte seine Bürgerkriegskohorten, die „squadri d'azione“, die sich vor allem aus ehemaligen arditi, entlassenen Offizieren, Schülern und Studenten zusammensetzten und ihre Waffen rücksichtslos anzuwenden wußten. Die squadri waren in der Regel motorisiert und griffen die „Roten“ in sogenannten „Strafexpeditionen“ von Ort zu Ort, von Region zu Region an. Mussolini und seine Ratgeber entwickelten in den Jahren 1921/22 eine Methode des kontinuierlichen und sich akkumulierenden Aufstandes, die man als blanquistische Revolutionsstrategie bezeichnet hat. Zum Wesen blanquistischer Theorie gehört jedoch die Eroberung der politischen Macht durch eine entschlossene Minderheit, d. h. durch einen militärtechnisch durchgeführten Staatsstreich. Die faschistische Strategie war in diesem Sinne nicht blanquistisch, vielmehr eine originelle Erfindung, die der ökonomischen und politischen Differenzierung der italienischen Gesellschaft mit ihren starken Tendenzen zum Lokalismus, Regionalismus und individualistischen Cliquenwesen in idealer Weise entsprach.

Diesem gezielten faschistischen Aktivismus und Terror gegenüber erwies sich gerade der italienische Sozialismus mit seiner Betonung der sozialen Revolution und seiner nur sehr vagen Konzeption des Volks- und Massenaufstandes trotz seiner großen Anhängerschaft weitgehend ohnmächtig. Schon der traditionelle antimilitaristische Geist der sozialistischen Führer und Anhänger machte es beinahe unmöglich, eine sozialistische militärische Gegenmacht zu den squadri zu organisieren. Gegen den faschistischen Angriff hatten die entschlossensten Teile der italienischen Arbeiterbewegung nur das Mittel der individuellen Bestrafung einzelner, lokal bekannter Faschisten und den ungezügelten und nicht organisierbaren lokal begrenzten Gegenterror der Massen und des Mobs. Stadt um Stadt, Region um Region wurde von den immer stärker werdenden squadri erobert; dabei Volkshäuser und Redaktionen sozialistischer Zeitungen sowie Gewerkschaftshäuser aller Richtungen niedergebrannt, besetzt oder unter die Befehlsgewalt der Faschisten gebracht; sozialistische

Führer ermordet, mißhandelt oder vertrieben und Widerstandsversuche brutal gebrochen.

Wenn die Arbeiterbewegung den militärisch-terroristischen Angriffen der squadri beinahe wehrlos gegenüberstand, so hatte das allerdings noch andere Gründe. So zeigte es sich fast überall, daß die Exekutivorgane des Staates – Armee, Polizei, Justiz – den Bürgerkrieg gegen die Roten entweder tatenlos geschehen ließen oder die Faschisten direkt und indirekt unterstützten. Schließlich wurde die sozialistische Abwehrkraft aber auch wesentlich dadurch beeinträchtigt, daß die sozialistische Partei Italiens gerade in dieser Zeit von heftigen Fraktionskämpfen erschüttert wurde, die im Januar 1921 auf dem Parteitag von Livorno zur Spaltung und zur Sezession der Kommunisten führten.

Auf die mehr oder weniger deutlich abgrenzbaren Fraktionen innerhalb der Sozialistischen Partei, die sich in der Stellungnahme zur Oktober-Revolution und zur kommunistischen Internationale abgezeichnet hatten, war schon hingewiesen worden. Auf dem Parteikongreß in Bologna (Anfang Oktober 1919) hatte die maximalistische Richtung (angeführt von Serrati, dem Herausgeber des „Avanti“) die für den Bruch mit der II. Internationale, das prinzipielle Bekenntnis zur eben gegründeten Moskauer Komintern und eine revolutionäre Umgestaltung des sozialistischen Parteiprogramms von Genua (1892) eintrat, eine eindrucksvolle Mehrheit über die reformistische Rechte erlangt, die vor allem von den Führern der sozialistischen Kammerfraktion (Turati, Treves) repräsentiert wurde. Auch Lazzari, der Generalsekretär der Partei, war für die maximalistischen Forderungen eingetreten. Die darüber hinausgehenden Anträge der kommunistischen Gruppe um Bordiga, die u. a. den Boykott der bevorstehenden Wahlen und den Parteiausschluß der Reformisten verlangte, waren jedoch mit großer Mehrheit zurückgewiesen worden.

Die heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem rechten reformistischen und dem linken kommunistischen Flügel, zu denen es schon in Bologna gekommen war, traten auf dem Parteitag in Livorno mit noch größerer Schärfe hervor. Der im Sinne der 21 Bedingungen der Komintern abermals von den Kommunisten (Bordiga, Bombacci, Marabini u. a.) geforderte Ausschluß der Reformisten wurde abermals abgelehnt. Der sozialistische Fraktionsvorsitzende Turati wandte sich scharf gegen jede Gewaltpolitik. Die Minderheit der Kommunisten beschloß daraufhin am 21. Januar 1921 die Sezession und Gründung einer italienischen KP als Sektion der Komintern. Bei den Wahlen vom 15. Mai erhielt die KPI nur 15 Mandate (gegen 120 Mandate der SPI), während Mussolinis Faschisten mit 35 Abgeordneten in die neue Kammer einzogen.

Das Vorpellen der kommunistischen Gruppe und ihre Sezession war im Blickwinkel Moskaus und der Komintern durchaus problematisch. Erschwerte es doch der großen Mehrheit der Maximalisten um Serrati, die mit der Komintern durchaus sympathisierte, den förmlichen Anschluß an Moskau. Die Hauptagitator für ein kommunistisches Programm war von Antonio Gramsci aus Turin und seiner Gruppe „Ordine Nuovo“ ausgegangen, denen Lenin im Herbst 1920 auf dem II. Kongreß

der Internationale seinen Beifall ausgesprochen hatte. Dabei war jedoch bemerkenswert, daß Gramsci an diesem Kongreß selbst gar nicht teilnahm¹.

Die Führung der jungen kommunistischen Partei ging dann auch nicht an Gramsci, sondern an Bordiga über, der die Gruppe „Sowjet“ geleitet und seit 1917 den Ausschluß der Reformisten aus der Sozialistischen Partei gefordert hatte. Bordiga repräsentierte innerhalb der Kominternbewegung die Richtung des äußersten Radikalismus (Ablehnung des Parlamentarismus, Boykott der bestehenden Gewerkschaften, Forderung des Massenaufstandes), mit denen Lenin sich bereits 1920 in seiner Schrift „Der ‚Radikalismus‘, die Kinderkrankheit des Kommunismus“ sehr scharf auseinandergesetzt hatte.

Dennoch, und obwohl der Kongreß von Livorno die Hoffnungen der Komintern, die italienischen Sozialisten als geschlossene Massenpartei zu gewinnen, praktisch zunichte machte, stand die Abspaltung der Kommunisten in Livorno noch ganz in Einklang mit der damaligen Linie der Komintern. Diese hatte noch nicht die Konsequenzen aus der Tatsache gezogen, daß in Mittel- und Westeuropa die Dynamik der proletarischen Revolution bereits rückläufig war. Nur eine nahe bevorstehende revolutionäre Situation hätte der Spaltungspolitik einen politischen Sinn geben können².

Erst ein halbes Jahr später, im Herbst 1921, vollzog die Komintern auf dem III. Weltkongreß die große Schwenkung. Man gab die unmittelbaren revolutionären Erwartungen auf. Lenin und Trotzki erklärten sich gegen die revolutionäre „Offensivtaktik“ und proklamierten die neue Linie der „Einheitsfront“, von der man sich die größtmögliche organisatorische Festigung auf lange Sicht versprach. Der Appell „Heran an die Massen“, und die Förderung von „Arbeiterregierungen“, d.h. gemeinsame Regierungsbildung von Sozialisten und Kommunisten, wurden jetzt als neue Lösungen ausgegeben. Das stand in direktem Gegensatz zu der Taktik, die die italienischen Kommunisten in Livorno befolgt hatten. Bordiga geriet deshalb auf dem Kongreß auch in Konflikt mit der neuen Linie, die italienische KP unterwarf sich nichtsdestoweniger den Weisungen der Komintern.

Noch in den INPREKORR-Texten von 1922, mit denen unsere Dokumentation einsetzt, spiegeln sich nachträglich diese Auseinandersetzungen (vgl. vor allem Dok.

¹ Vgl. die Einleitung Togliattis zu Antonio Gramsci: Briefe aus dem Kerker. – Berlin 1956, S. 7 f.

² Jules Humbert Droz, ein ehemaliger Sekretär der kommunistischen Internationale, schrieb später darüber: „Die Revolution brach nicht aus. Noch schlimmer: die Spaltung erwies sich als eine unerwartete Hilfe für das reaktionäre Bürgertum, das nach dem Sturm der wirren Nachkriegsjahre sich wieder gefangen hatte und in ganz Europa – Rußland ausgeschlossen – zur Gegenoffensive antrat. Während die reformistischen Gewerkschaftler und die revolutionären Gewerkschaftler, die nichtbolschewistischen Sozialisten und die Kommunisten den größten Teil ihrer Zeit und ihrer Kraft darauf verwendeten, sich zu bekämpfen, ihre Sektionen, ihre Presse, ihre Volkshäuser zu organisieren – oder zu reorganisieren, wurden die errungenen Positionen geschwächt, die Volksmassen entmutigt und abgestoßen von den inneren Kämpfen, den Polemiken und Verleumdungen, sie zogen sich in die Privatheit zurück und warteten auf eine fragwürdige Wiederherstellung der Einheit.“ (J. H. Droz: L’Oeil de Moscou a Paris. – Paris 1964, S. 10 f.)

I/9 und I/11), ebenso wie das Bemühen, die Spaltung von Livorno dennoch zu rechtfertigen (vgl. Dok. I/2). Im übrigen erwartet man sich gerade von der wachsenden faschistischen Bedrohung und schließlichen Machtübernahme günstigere Bedingungen für die Herstellung der proletarischen „Einheitsfront“ (vgl. Aufruf der KPI vom Herbst 1922; Dok. I/6). Man glaubt die Trennung von Livorno überbrücken zu können, wirbt um die linken Maximalisten und schlägt ihnen gegenüber einen versöhnlichen Ton an. In Terracinis Artikel von Ende Oktober 1922 wird nicht allein die KPI als die Trägerin des antifaschistischen Kampfes hingestellt, er spricht vielmehr allgemein von den „proletarischen Parteien, ungeachtet gewisser Differenzen“ (Dok. I/7). Da auch unter der neuen Devise der proletarischen „Einheitsfront“ eine Zusammenarbeit mit dem reformistischen Flügel der italienischen Sozialisten, dessen Einfluß in der sozialistischen Abgeordnetenfraktion dominierte, ausgeschlossen blieb, war die neue Linie aber kaum weniger fragwürdig als die Spaltungspolitik von Livorno. Zehn Jahre nach der Gründung der KPI, im Januar 1931 veröffentlichte die INPREKORR einen Artikel, in dem sie nachträglich und zwischen den Zeilen die Problematik der kommunistischen Taktik relativ offen zum Ausdruck brachte:

„Im Januar 1921 marschierte der Faschismus bereits siegreich vorwärts, hatte bereits die ersten Erfolge. Die KP Italiens war gezwungen, sich zu organisieren, ihre Kader zu bilden im Feuer des Bürgerkrieges und im Laufe des harten Kampfes, den die italienische Arbeiterklasse, nach der Spaltung von Livorno, gegen den Faschismus bestehen mußte. Sie mußte an zwei Fronten kämpfen: gegen den Faschismus und gegen die Partei, von der sie sich getrennt hatte. Die Spaltung erfolgte in einem Augenblick, wo die Stimmung der breiten proletarischen Massen für die Einheit der werktätigen Bevölkerung im Kampfe gegen den Faschismus war. Und diese Spaltung hat uns nicht nur von den Reformisten getrennt, sondern auch von äußerst populären revolutionären Führern, wie Lazzari und Serrati.“ (INPREKORR Jan. 1931, Nr. 7, S. 211)

Das Jahr 1921 brachte ein rasches Anwachsen der faschistischen Bewegung. Auf dem faschistischen Kongreß, der im November 1921 in Rom stattfand, waren 2200 Fasci mit insgesamt 320 000 Mitgliedern vertreten¹. Durch einen planvollen Feldzug lokaler „Strafexpeditionen“ gelang es den Faschisten im Frühjahr 1921 die meisten Produktionsgenossenschaften des Landproletariats in der Po-Ebene zu zerschlagen, die besetzten Güter und Latifundien zu restituieren und die Landarbeiterschaft mit Terror und Propaganda in nationale Syndikate zu pressen. In Edmondo Rossoni fand Mussolini einen eifrigen und erfolgreichen Propagandisten des nationalen Korporativismus, der als volksgemeinschaftlicher Ausgleich der Klassengegensätze dem Klassenkampfprinzip und der Streikpolitik der sozialistischen Gewerkschaften entgegengestellt wurde. Kommunisten, Sozialisten und die Anhänger der Anfang 1919 gegründeten christlich-sozialen katholischen Volkspartei (Partito Popolare Italiano) sahen sich bei den Kammerwahlen vom Mai 1921 vielfach starkem lokalen Terror durch faschistische Stoßtrupps ausgesetzt. In der neuen Kammer, in die Mussolini als Führer der faschistischen Fraktion einzog, kam es schon in der ersten Sitzung zum Handgemein zwischen Faschisten und Sozialisten. Kenn-

¹ J. W. Mannhardt: Der Faschismus. – München 1925, S. 186.

zeichnend für die Haltung der Regierung Giolitti war es, daß sie im Juni 1921 scharf gegen den von den Sozialisten befürworteten Beamtenstreik Stellung nahm, sich aber außerstande erklärte, mit polizeilichen Mitteln gegen terroristische Übergriffe der Faschisten einzuschreiten¹, die im Sommer 1921 vor allem in Oberitalien bürgerkrieg-ähnliche Formen und Ausmaße annahmen.

Gleichwohl legte es auch Mussolini auf die systematische Schwächung des Prestiges des bürgerlichen Kabinetts an, dessen parlamentarische Basis angesichts der kontinuierlichen sozialistisch-kommunistischen Opposition von links, der faschistisch-nationalistischen Drohung von rechts und der zwischen Opposition und Koalitionsbereitschaft schwankenden Partei der Popolari (mit ihren rund 100 Abgeordneten) zusehends an Stabilität verlor, so daß sie bald nur noch mit wechselnden Mehrheiten regieren konnte. Auf Giolitti folgte im Juli 1921 das eher noch schwächere (und den Faschisten gegenüber noch konzessionsbereitere) bürgerlich-liberale Kabinett Bonomi. Der Tiefpunkt der Regierungsautorität wurde schließlich in der Zeit des Kabinetts Facta (Februar bis Juli 1922) erreicht.

Die neue Welle faschistischen Terrors, die im Mai/Juni 1922 Oberitalien überflutete, leitete den letzten Akt der faschistischen Offensive ein. Unter dem Druck der mobilisierten faschistischen squadri mußte Ende Juli der aus Protest gegen die faschistischen Übergriffe und ihre Duldung durch die Regierung ausgerufenen Generalstreik abgebrochen werden. Mussolini beherrschte klar die Straße und erzwang durch ultimative Drohungen auch die Anerkennung dieser usurpierten Macht durch die Regierung. Der im Juli 1922 durch die Kammer gestürzte, dann am 1. August erneut mit der Regierungsbildung beauftragte Ministerpräsident Facta war kaum mehr als ein von den Faschisten geduldeter Staatschef. Da Mussolini es im Spätsommer 1922 verstand, durch ein spätes Bekenntnis zur Monarchie das Mißtrauen König Viktor Emanuels zu beschwichtigen, stand seiner Machtübernahme auch von Seiten der Krone nichts mehr im Wege. Als der König Ende Oktober 1922 vor der Frage stand, ob er angesichts des Aufmarsches der „Schwarzhemden“ zum Staatsumsturz den von Facta geforderten Belagerungszustand und militärisches Eingreifen befürworten solle, tat er das Gegenteil und ernannte den Usurpator Mussolini zum Ministerpräsidenten. Gegen diese legale, wenn auch groteske Form der faschistischen Machtübernahme erhob sich keine allgemeine sozialistische oder kommunistische Aktion. Innerhalb der KPI war man überrascht, und es ist kennzeichnend für das Ausmaß der Egozentrik und Wirklichkeitsentfremdung, daß die ersten INPREKORR-Kommentare unter dem Motto standen: nur eine neue „Ministerkrise“, „nicht so tragisch“!

Mehr als die Hälfte der zum italienischen Faschismus vorgelegten INPREKORR-Dokumentation entfällt auf das Jahr vom Juni 1922 bis zum Juni 1923, d. h. auf die Monate vor und nach Mussolinis Triumph, dem sogenannten „Marsch auf Rom“ (31. 10. 1922). Die aus diesem Zeitabschnitt stammenden, z. T. recht umfangreichen analytischen Artikel – gegliedert in die Kapitel A (Offensive des Faschismus) und B (Nach dem Marsch auf Rom) – bilden den weitaus am dichtesten dokumen-

¹ Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1921, Bd. 62, T. 2, S. 122.

tierten Teil der Auswahl. Verglichen mit ihm stellt das fast fünf Jahre umfassende letzte Kapitel (C: Von der Ermordung Matteottis zu den Lateranverträgen) eine sehr „sprunghafte“ im einzelnen auch weniger substantielle Sammlung von Zeugnissen dar. Der mit den geschichtlichen Vorgängen vertraute Leser wird hier die Bezugnahme auf manche wesentliche Ereignisse und Entwicklungen im faschistischen Italien gänzlich vermissen. Diese Ungleichwertigkeit der Dokumentation ist ein Charakteristikum der Quelle selbst, nicht der Auswahl.

Der relativ breite Raum, den die Faschismus-Diskussion 1922/23 in den Spalten der INPREKORR einnahm, war Ausdruck des Bestrebens, das neue Phänomen des Faschismus, das man bislang unterschätzt hatte, der kommunistischen Theorie einzuordnen, die unerwartete faschistische Wendung in Italien zu deuten. Man konnte sich dabei den auch sonst – in der italienischen und außeritalienischen Presse – geführten Diskussionen über das Wesen des Faschismus und die Ursachen seines Erfolges nicht völlig verschließen. Eine schlüssige kommunistische Antwort war nicht sofort zur Stelle, es gab noch Spielraum für Differenzierungen, zumal der von der Komintern-Führung erhobene und später auch praktizierte Anspruch auf die alleinige Exegese und Verwaltung der Wahrheit damals noch nicht diktatorisch und komplett durchgesetzt war. So wurden auch unangenehme Tatsachen vermerkt, etwa die, daß es dem Faschismus schon vor dem Oktober 1922 gelungen war, erhebliche Teile des italienischen Proletariats in seine nationalen Gewerkschaften herüberzuziehen und den Sozialisten und Kommunisten abspenstig zu machen. Diese Entwicklung, die man zunächst auf kommunistischer Seite geflissentlich übergangen hatte, da sie mit der These vom Faschismus als terroristischem Stoßtrupp und Werkzeug des Kapitalismus nur schwer vereinbar war (vgl. Dok. I/2 und I/3), wird z.B. in den Artikeln Terracinis vom September und November 1922 (Dok. I/4 und insbes. I/7) oder dem Referat des italienischen Kommunistenführers Amadeo Bordiga auf dem IV. Weltkongreß der Komintern vom 16. 11. 1922 (Dok. I/12) offen erörtert.

Selbst der russische Komintern-Chef Sinowjew präsentierte auf diesem Kongreß eine im Vergleich mit späteren Vereinfachungen erstaunlich differenzierte historische, soziologische und psychologische Analyse des italienischen Faschismus (Dok. I/11). Sie enthält auch die an die Adresse der italienischen Sozialisten und Kommunisten gerichtete Mahnung: Wenn man die Gründe des faschistischen Sieges nicht verstehe und nicht entsprechend handle, „werden wir eine lange Herrschaft des Faschismus haben“. Ähnlich betonte Clara Zetkin aus der spezifisch deutschen Situation von 1923, wo ebenfalls die Gefahr bestand, „daß das Proletariat durch nationalistische Losungen gespalten“ und vom Faschismus verführt würde, daß es notwendig sei, den „Charakter des Faschismus klar zu verstehen“. Mit der Feststellung, daß „der Faschismus in den modernen Industriestaaten“ nicht einfach mit der Konterrevolution des „Horthy-Terrors“ in Ungarn gleichzusetzen sei, sondern eine „wesensverschiedene Erscheinung“ darstelle, die auf der „Massenbewegung breiter Schichten von Kleinbürgern, Kleinbauern und Proletariern“ beruhe, setzte sie auch einige sehr treffende Akzente (vgl. Dok. I/14).

So läßt sich im ganzen sagen, daß die durch die Machtübernahme Mussolinis ausgelöste Frühphase der kommunistischen Faschismus-Diskussion bei ihren besten Exponenten nüchterner und kritischer Wirklichkeitserkenntnis noch nicht prinzipiell abweisend gegenüberstand, sondern unter dem spezifisch soziologischen Aspekt kommunistischer Betrachtung durchaus erhellende Einsichten zu gewinnen vermochte.

Allerdings zeigte sich schon in dieser Anfangszeit auch das Gegenteil: die fast überall spürbare Tendenz, das historische Erfahrungsmaterial in das Prokrustesbett kommunistischer Selbstrechtfertigungen zu pressen, es zum Beweis für die Richtigkeit des eigenen Handelns (Livorno!) und der Schädlichkeit des Verhaltens des rechten Flügels der Sozialisten auszuschlachten.

Damit hängt zusammen, daß die propagandistische Zielsetzung, der ermunternde Appell und das Wunschdenken sich vor die Wirklichkeit drängten. Man forderte wieder und wieder die Einheitsfront des Proletariats, prophezeite die Abwendung der bisher vom Faschismus verführten, sicher aber bald von ihm enttäuschten Arbeiter und Bauern, und setzte auf die „inneren Widersprüche“ der faschistischen Bewegung – „Der Faschismus wird in kürzester Zeit eine Bewegung öffentlicher Entrüstung heraufbeschwören“, so hieß es in der INPREKORR schon im November 1922 (Dok. I/10). Bordiga schrieb im Dezember 1922 am Schluß einer durchaus kritischen Analyse: Trotz allem seien „die letzten Ereignisse in Italien nicht so tragisch wie mancher denkt. Die Bedeutung des faschistischen Staatsstreiches darf nicht überschätzt werden“ (Dok. I/12). Und ein anderer Vertreter der italienischen KP sagte im Januar 1923 voraus, daß die „Diktatur des Faszistenhäuptlings“, der nicht in der Lage sei, die „heterogenen Elemente“ seiner Bewegung zusammenzuhalten, sehr kurzlebig sein und in „nicht allzuferner Zeit“ an den Gegenkräften scheitern werde (Dok. I/13).

Die nachlassende Intensität der Faschismus-Diskussion in der INPREKORR seit 1923/24 ist zu einem guten Teil Ausdruck der Verlegenheit und Sprachlosigkeit darüber, daß sich alle diese Voraussagen keineswegs bewahrheiteten. Die deutsche Kommunistin Clara Zetkin hatte auf der Tagung des Exekutivkomitees der Internationale im Juni 1923 recht klarsichtig bemerkt, daß die inneren Widersprüche des italienischen Faschismus nicht unbedingt auf seinen Machtverfall schließen ließen, sondern im Gegenteil zu erwarten sei, daß er um so mehr „mit allen terroristischen Mitteln die Macht zu erhalten versuchen wird“ (Dok. I/15).

Als dann im Sommer 1924 die von Faschisten organisierte Ermordung des angesehenen rechtssozialistischen Abgeordneten Matteotti tatsächlich in Parlament und Öffentlichkeit eine monatelang sehr kritische Lage für Mussolini schuf, war diese skeptische Einsicht aber bald vergessen. Man glaubte in den Spalten der INPREKORR abermals, das baldige Ende des Faschismus vorhersagen zu können. Auffälligerweise war man dabei aber weniger zuversichtlich als vorher, daß ein solches Ende des Faschismus die proletarische Revolution heraufführen würde. Der sowjetische Theoretiker Bucharin warnte auf dem V. Weltkongreß der Komintern im August 1924 vor solcher eilfertiger Schlußfolgerung: es sei durchaus möglich, daß auf den

Zusammenbruch des Faschismus nicht die Diktatur des Proletariats, sondern eine neue Periode der bürgerlichen Demokratie folge (Dok. I/16). In dieser Skepsis spiegelte sich vor allem die Erfahrung, daß das revolutionäre Proletariat unter der fast zweijährigen faschistischen Regierung erheblich an Bedeutung und noch mehr an Stoßkraft verloren hatte, so daß von der aktiven „Einheitsfront“ kaum mehr die Rede sein konnte. „Das italienische Proletariat“, so schrieb man offen, „befindet sich in der Lage eines Rekonvaleszenten“. Man sah sich zu dem Eingeständnis veranlaßt, daß die italienischen Kommunisten durch die Matteotti-Krise überrascht, nicht auf sie vorbereitet und schon deshalb handlungsunfähig gewesen seien: Die Analyse „der voraussichtlichen Entwicklung“ habe mit einem „derartigen Geschehen“ nicht rechnen können (Dok. I/17) – ein Argument, das die Bewegungsunfähigkeit der von der Komintern gesteuerten und deshalb ihrer Spontanität beraubten KPI deutlich erkennen läßt. Die dennoch angesichts der Matteotti-Krise und in der Folgezeit wiederholte Formel von den Kommunisten als der Avantgarde des antifaschistischen Kampfes war um so illusionärer, als sowohl Matteotti wie Zaniboni, der Urheber des im November 1925 gegen Mussolini gerichteten Attentatsversuchs, den als Verrätern verfeimten Rechtssozialisten angehörten. Auch die heftige öffentliche Opposition, die sich gegen Mussolini 1924/25 bemerkbar machte, ging vorwiegend von den Rechtssozialisten und bürgerlichen Demokraten aus.

Wenn der V. Weltkongreß der Komintern in seiner Faschismus-Resolution dennoch das Dogma aufstellte: „Der Faschismus und die Sozialdemokratie“ seien „die beiden Seiten desselben Werkzeuges der großkapitalistischen Diktatur“ (Dok. I/19), dann war das nicht mehr Wirklichkeitsbeschreibung, sondern ein aus der Ohnmacht und Ratlosigkeit hervorgegangenes Formelgerüst, das gegen alle Evidenz die Selbstrechtfertigung der Kominternpolitik und -theorie bewerkstelligen sollte. Die zunehmende Formelhaftigkeit und der damit einhergehende Substanzverlust kommunistischer Diagnostik wird auch im Wortgebrauch ablesbar, so wenn es in einem INPREKORR-Beitrag vom September 1924 heißt, daß mit dem Matteotti-Mord „der Verfallprozeß des Faschismus rasch seiner abschließenden Phase entgegengeht“. In derartigen Formulierungen hebt ein Wort das andere auf: Wie kann sich „rasch“ vollziehen, was erst einer Endphase „entgegengeht“? Warum wird von „Verfall“ gesprochen, wenn die „abschließende Phase“ noch nicht begonnen hat, sondern offen bleibt, wann sie eintreten und wie lange sie dauern wird? Man kann das Wunschenken und Prophezeien nicht lassen, ist zugleich aber auf Rückversicherungen bedacht. Um diese geht es vor allem, nicht um kritische Wirklichkeitserfassung, man macht Worte.

Derartige Verkümmern des Wirklichkeitssinnes kennzeichnet in zunehmendem Maße die im letzten Kapitel unserer Dokumentation enthaltenen INPREKORR-Kommentare zur italienischen Situation zwischen 1924 und 1929. Charakteristisch hierfür ist u. a. der von Ercoli (= Palmiro Togliatti) gezeichnete Artikel vom Oktober 1926 (Dok. I/22): Er behandelt die seit 1925 von Mussolini systematisch betriebene Umwandlung der nach dem „Marsch auf Rom“ zunächst formell weiterbestehenden rechtsstaatlich-parlamentarischen Staats- und Verfassungsstruktur zur

faschistischen Diktatur, die keinerlei Gegenkräfte mehr tolerierte. Er bleibt aber in augenfälliger Weise unfähig, die tatsächlichen Machtveränderungen in ihrer ganzen Bedeutung zu erfassen und die organisatorischen Fähigkeiten des Faschismus anzuerkennen und entwirft statt dessen erneut das Bild „krisenhafter Zuspitzung“. Nach der einfachen Gleichung: Terror und Diktatur sind „objektiv“ Erscheinungen der inneren Instabilität – wird aus jeder Verschärfung der despotischen Herrschaft der optimistische Schluß gezogen, daß ergo die Krise sich weiter zuspitze.

Thesen wie die des renommierten kommunistischen Ökonomen Varga, daß sich auch unter dem Faschismus in Italien in der Mitte der 20er Jahre der gleiche Prozeß der Stabilisierung der Währung und des Wirtschaftsaufschwungs vollzogen habe, wie in den kapitalistischen Ländern, nur mit dem Unterschied, daß das Proletariat am wenigsten davon profitiert habe (Dok. I/25), erscheinen in dieser Zeit zunehmender Dogmatisierung der Komintern unter dem wachsenden Einfluß Stalins bereits als „objektivistische“ Ausnahmen.

Bei der Deutung der ökonomisch-sozialen Basis des Faschismus mußte selbst die INPREKORR einräumen, daß erhebliche Teile der mittleren Bourgeoisie Italiens, ja selbst bestimmte Gruppen seines industriellen Großkapitals vom Faschismus benachteiligt wurden und gegen die staatsdirigistische faschistische Wirtschaftspolitik opponierten. Man versuchte deshalb gelegentlich, die alte Definition (Faschismus = Werkzeug der Bourgeoisie und insbesondere des Monopolkapitalismus) zu differenzieren, kam dabei aber nicht sehr weit und verwarf entschieden die nur der „Beschwichtigung“ dienende rechtssozialistische Ansicht, daß es sich hier um eine Form der Herrschaft handele, die letzten Endes allen gesellschaftlichen Klassen gegenüberstehe (Dok. I/27) – eine These, die, wie wir gesehen haben, schon Karl Marx angesichts des französischen Bonapartismus nach 1849 aufstellte.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch die im letzten Dokument unserer Auswahl (Dok. I/30) enthaltene Auseinandersetzung Ignazio Silones mit einer anderen, vom italienischen Rechts-Sozialismus vertretenen These, die betonte, daß der Faschismus wesensmäßig aus der Psychose des Krieges entstanden sei. Silone hält ihr gegenüber an der „objektiven“ ökonomischen Interpretation fest: Der Faschismus sei „die besondere Methode der Stabilisierung des Kapitalismus in Italien“, die nur möglich sei durch kontinuierliche monopolistische Entwicklung, damit zunehmend die soziale Basis des Faschismus verkleinere und somit zum revolutionären Umschlag führen werde. Der Glaube an diese „Gesetzmäßigkeit“ bleibt der einzige Halt; denn wie anders sollte sonst der Weg zur proletarischen Revolution führen! Gegenüber den nichtkommunistischen intellektuellen Antifaschisten, zu denen er bald darauf selbst stoßen sollte, betonte Silone: Man sollte sich an die Vorstellung gewöhnen: Der Sturz des Faschismus wird mit dem Sturz der kapitalistischen Gesellschaft zusammenfallen.

Eine weit skeptischere Einschätzung dieses Problems war, wie erinnerlich, 1924 von Bucharin vorgetragen worden. In der Zwischenzeit hatte sich unter dem Einfluß der Ein-Mann-Führung Stalins in Moskau und der Komintern die Vereinfachung und das Alternativ-Denken in zunehmendem Maße der politischen Theorie

des Kommunismus bemächtigt. Zwischen der unkritischen Apologetik der sowjet-russischen Entwicklung und der Unfähigkeit, den Faschismus realistisch zu erfassen, bestand dabei ein enger Zusammenhang, der angesichts des deutschen Nationalsozialismus dann noch stärker hervortreten sollte.

B. Komintern und Nationalsozialismus

Eine mehr oder weniger kontinuierliche Dokumentation über den Nationalsozialismus und das Hitler-Regime in Deutschland läßt sich aus den Komintern-Organen INPREKORR und RUNDSCHAU erst ab 1930 gewinnen, als die NSDAP mit den Reichstagswahlen vom 14. September 1930, für jedermann sichtbar, zum bedeutenden Machtfaktor heranwuchs. In dieser Phase (Kapitel B unserer Auswahl) kommt es nicht nur zu einer Häufung kommunistischer Kommentare, sie erreichen auch episodisch ein hohes Maß an Eindringlichkeit, das den späteren Komintern-Analysen zur Situation und Entwicklung in Deutschland zwischen 1933 und 1939 (Kapitel C–E) meist abgeht.

Bei der Auswahl der Komintern-Dokumente zum deutschen Nationalsozialismus schien es jedoch geraten, nicht erst mit den 30er Jahren einzusetzen, sondern auch die kommunistische Diskussion über die frühere Phase völkisch-nationalsozialistischer Aktivität in Bayern bzw. in Süddeutschland zu berücksichtigen, die 1922/23 ihren Höhepunkt erreichte, wobei – in kommunistischer Sicht – die NSDAP nur eine Form der Konterrevolution und des Faschismus neben anderen („Seeckt-Faschismus“, „Sozial-Faschismus“) darstellte (Kapitel A). Dieses erste Kapitel der Dokumentation, das die Jahre 1922/24 umfaßt, fällt zeitlich mit dem Höhepunkt der Komintern-Diskussion über den italienischen Faschismus zusammen und steht mit ihr naturgemäß in engem Zusammenhang. Bestimmte Kategorien der politischen Theorie und des strategischen Instrumentariums der Komintern, die vom italienischen Schauplatz in Erinnerung sind, werden dabei auch auf die deutsche Situation angewandt, teilweise ergibt sich hier aber aus der besonderen Lage und den spezifischen Erfahrungen eine andere Akzentuierung.

Der Begriff des Faschismus selbst war noch neu, seine Übertragung vom italienischen auf den deutschen Schauplatz sowie auf andere Länder geschah in der INPREKORR zwar schon 1922, vielfach wurden „Faschismus“ und „Weißgardismus“ aber noch als auswechselbare Plakate gebraucht. Dabei hatte besonders die Erfahrung der Münchener Räterepublik vom Frühjahr 1919 dazu beigetragen, daß sich ein äußerst summarisches Schema „Weiße Front“ gegen „Rote Front“ auf kommunistischer Seite herausbildete. Im Zusammenbruch der Münchener Räterepublik sah man den eklatanten „Beweis“ dafür, daß der roten Republik eine geschlossene weißgardistische Front, angefangen von den Sozialdemokraten bis zur Reichswehr, den Freikorps und der völkisch-nationalistischen Rechten, gegenüberstehe. Die über die wirkliche historische Bedeutung weit hinausgehende Legende der Münchener Räterevolution im Bewußtsein der Kommunisten hat dabei ihre Entsprechung auch auf der Gegenseite gehabt, wo die Räterepublik in Bayern als „Be-

weis“ der kommunistischen Weltverschwörung diene und in dieser Hinsicht ebenfalls eine weit überhöhte Interpretation erfuhr¹.

Trotz des Scheiterns der revolutionären Hoffnungen von 1919 war es in Deutschland – anders als in Italien – gelungen, die kleine Gruppe der Kommunisten („Spartakusbund“) durch den Zusammenschluß mit der Mehrheit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (die 1920 über 84 Reichstagsabgeordnete verfügte) zu einer Massenpartei zu erweitern. Nachdem Abgeordnete der USPD schon auf dem zweiten Kongreß der Komintern (Juli/August 1920) anwesend waren, hatte die Mehrzahl ihrer Delegierten auf dem Parteitag in Halle (12.–17. Oktober 1920) unter dem Eindruck einer vierstündigen Rede Sinowjews – gegen den Widerstand der bekanntesten USPD-Führer, darunter Hilferdings – die „21 Bedingungen“ angenommen und im Dezember 1920 zusammen mit den Spartakisten die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands (VKPD) gebildet, während die unterlegene USPD-Minderheit später zu den Mehrheitssozialdemokraten zurückkehrte. Die Einheit der neuen VKPD war allerdings von vornherein problematisch: Die von der Komintern befürwortete dilettantische Aktion im Mansfeldischen (sogen. mitteldeutscher Aufstand) vom März 1921 brachte die erste Abspaltung (der Levi-Gruppe).

Im Jahre 1922, mit dem unsere Dokumentation (Abschnitt II) einsetzt, wurde auch für die deutschen Kommunisten die 1922 von der Komintern proklamierte Devise der proletarischen Einheitsfront bestimmend. Unter der Leitung Thalheimers – Brandlers ging die VKPD ganz auf diese „rechte Linie“ über. Damit verband sich aber – auf die besondere deutsche Situation dieser Jahre gemünzt – eine nationalbolschewistische Variante, die vor allem auf den Einfluß Karl Radeks, des damaligen Deutschlandspezialisten der Komintern, zurückging. Den Ausgangspunkt der Radekschen politischen Theorien bildete einmal seine Haßliebe zur SPD und den Gewerkschaften des ADGB, in denen er die bestorganisierte Arbeiterbewegung schlechthin erblickte und auf die zu spekulieren er deshalb nicht aufgab, zum anderen die Auffassung, daß Deutschland durch den Versailler Vertrag zu den „Habenichtsen“, den „kolonialen oder halbkolonialen Nationen“ im Sinne Lenins heruntergedrückt sei. Diese „türkische Situation“ Deutschlands, d. h. den „Kampf Deutschlands gegen den imperialistischen Frieden von Versailles und seinen Kampf für die nationale Selbstbestimmung“ glaubten Radek sowie der sowjetische Außenminister Tschitscherin und andere Sowjet-Führer für die kommunistische Weltrevolution und die Außenpolitik der Sowjetunion nützen zu können (vgl. auch Radeks Artikel vom September 1923, Dok. II/2). Im Zeichen dieser Politik stand der Vertrag von Rapallo (April 1922), der im Reichstag nur von der aus der Komintern ausgeschlossenen Gruppe der linkskommunistischen KAPD abgelehnt wurde. Gemeinsam mit dem ADGB und der SPD beteiligte sich die KPD auch wenige

¹ Die jüngere deutsche historische Forschung hat auf die bisherige Verkennung der deutschen Rätebewegung zwischen 1918 und 1920 durch die Geschichtsschreibung mit Recht hingewiesen. Vgl. auch Peter von Oertzen: Die Betriebsräte in der Novemberrevolution. Düsseldorf 1963 und Eberhard Kolb: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919.

Monate später an den Protestdemonstrationen gegen die Ermordung Rathenaus, der den Rapallo-Vertrag als deutscher Außenminister unterschrieben hatte.

Als der 4. Weltkongreß der Komintern im November 1922 die Devise der Einheitsfront ausgab, und die Bildung von „Arbeiterregierungen“ als begrüßenswertes Nahziel propagierte, wurde auch die sozialdemokratische Regierung in Deutschland als eine Form solcher „Arbeiterregierungen“ apostrophiert, wobei allerdings die Teilnahme von Kommunisten zur Bildung wirklich „proletarischer“ Regierungen als notwendig galt. Auf dem Parteitag der KPD vom Januar 1923 spielte die Frage des Eintritts von Kommunisten in die Regierungen in Sachsen und Thüringen eine wichtige Rolle.

Zur gleichen Zeit sah sich die KPD infolge der französischen Ruhrbesetzung zur Stellungnahme in der nationalen Frage veranlaßt. Den sowjetischen außenpolitischen Interessen, denen am besten gedient schien, wenn die antiwestliche Haltung der deutschen Regierung unterstützt wurde, hatten sich auch die revolutionären Hoffnungen des deutschen Proletariats unterzuordnen. So kritisierte der Parteitag der KPD die Empfehlungen der von Ruth Fischer und Arkadij Maslow geführten Linken innerhalb der Kommunistischen Partei, denen vorgeworfen wurde, die Lage an der Ruhr für putschistische Zwecke mißbrauchen zu wollen. Die KPD schloß sich vielmehr der von der Regierung Cuno proklamierten Politik des passiven Widerstandes an.

Die damalige Sympathie der Komintern mit dem nationalen Widerstand in Deutschland brachte sie von vornherein in eine gewisse Verlegenheit auch gegenüber der damals in Süddeutschland stark bemerkbaren nationalsozialistischen Bewegung, zumal diese sich als „Arbeiterpartei“ bezeichnete, und – wie man einräumen mußte – nicht nur aus kapitalistischen Geldquellen gespeist, sondern sich weitgehend dem irregeleiteten Idealismus enttäuschter und politisch indifferenter kleinbürgerlicher und proletarischer Schichten anpaßte. Die straffe militärische Organisation und äußerst geschickte Propaganda dieser Bewegung wurden als Merkmale erfaßt, und man realisierte, daß sie durch „ihr entschlossenes Auftreten . . . einen für die Arbeiterschaft sehr gefährlichen Anhang“ zu gewinnen verstehe (Dok. II/1). Radek ging in seiner Unterstützung des deutschen nationalen Widerstandes an der Ruhr sogar so weit, daß er ein temporäres Bündnis zwischen Kommunisten und nationalistischen Aktivisten befürwortete und im Sommer 1923 auf einer Tagung des Exekutiv-Komitees der Komintern Leo Schlageter, dem von den Franzosen hingerichteten „Märtyrer des deutschen Nationalismus“, „dem mutigen Soldaten der Konterrevolution“ seine Ehrerbietung aussprach¹.

In diesem nach 1919 kritischsten Jahr der Weimarer Republik sahen sich die Kommunisten mit den Faschisten vielfach in einem Wettlauf um die Macht. Die damals sehr wirkungsvollen Ausführungen Radeks und anderer liefen nicht auf prinzipielle Gegnerschaft gegenüber den deutschen Nationalisten und Faschisten hinaus, sondern auf die These, daß nur eine proletarische deutsche Regierung, welche die Abhängigkeit vom internationalen Kapitalismus beseitige, einen wirk-

¹ enthalten in Theo Pirker: Utopie und Mythos der Weltrevolution, a. a. O., S. 73 f.

lichen nationalen Widerstand Deutschlands möglich mache. „Herr Ludendorff und Herr Hitler proklamieren den Kampf um die Macht, um den Kampf gegen die Entente vorzubereiten. Aber das alles ist Schall und Rauch und würde verwehen, an dem Tage, wo sie zur Regierung gelangen würden, denn Ludendorff und noch mehr Hitler sind Marionetten, die an Drähten gezogen werden durch Könige von Kohle und Eisen und die deutschen Brotwucherer. Würde es ihnen tausendmal gelingen, die Macht zu erobern, sie würden machtlos sein“ (Dok. II/2). Unter der 1923 in den Vordergrund gestellten Devise, daß die KPD nicht nur die soziale Revolution verbürge, sondern auch die „Partei der nationalen Rettung“ sei (Dok. II/4), während alle anderen, ihr entgegenstehenden Kräfte (einschließlich der Sozialdemokratie) der „weißen Front“ des Kapitalismus dienstbar seien und damit „objektiv“ auch im Bunde der westlichen Imperialisten und Separatisten stünden, die Deutschlands koloniale Unterwerfung und Zerstückelung betrieben, kommen die KPD und Kommintern in dieser Zeit zu absurden Fehldeutungen des Faschismus, der, an die Macht gekommen, die „letzte und schwächste bürgerliche Regierung Deutschlands“ darstellen würde. Vom westlichen Kapitalismus abhängig, könne eine faschistische Regierung nur eine „Regierung des Massenhungers“, eine „Regierung des Zerfalls des Reiches“, und die „personifizierte Ohnmacht“ sein; sie bedeute „Auslieferung des Deutschen Reiches und der deutschen Nation an Frankreich und das internationale Kapital“: „Dadurch wird sie alles, was lebendig und ehrlich ist, an den nationalistischen Massen von sich abstoßen. Ganz Deutschland wird flüchten in das Lager der Proletarier“ (Dok. II/4).

Bei alledem galt weniger die nationalsozialistische Bewegung Hitlers als der „Berliner oder preußische Faschismus“, verkörpert durch General Seeckt, als der Hauptfeind der KPD. Im „Seeckt-Faschismus“ und den Führern der Sozialdemokratie, vor allem Ebert, der im Oktober 1923 der Reichswehr die vollziehende Gewalt übertrug, um einen befürchteten kommunistischen Umsturzversuch in Sachsen und Thüringen vorbeugend zu unterdrücken und die Autorität des Reiches gegen die Rechte in Bayern wiederherzustellen, sah man auf kommunistischer Seite paradoxerweise die eigentlichen Träger der faschistischen Machtergreifung. Die Tatsache, daß während des Ausnahmezustandes vom Oktober 1923 bis zum März 1924 die KPD und ihre Organe zeitweilig verboten wurden, hat damals zu der krassen Fehleinschätzung geführt, als sei die Novemberrepublik bereits gestürzt und eine Militärdiktatur Seeckts als deutsche Form des Faschismus etabliert (vgl. Dok. II/3–II/6).

Die Artikel der INPREKORR enthalten in dieser Zeit wütende Anklagen gegen die sozialdemokratischen „Helfershelfer des Faschismus“, die „Wels, Müller und Ebert“; ihnen, nicht etwa Hitler gilt der „Kampf bis aufs Messer“ (Dok. II/4). Kommunistische Egozentrik führte dabei zur beinahe totalen Wirklichkeitsverdunkelung. Auch in dem Artikel, den der junge Alexander Abusch aus Miesbach in Bayern im Januar 1924 über den „bayerischen Faschismus“ beisteuerte, wird die sozialdemokratische Regierungspolitik des bayerischen Ministerpräsidenten Hoffmann für das Anwachsen der konterrevolutionären Kräfte verantwortlich gemacht.

Feuilletonistisch-dialektische Rabulistik und Wortakrobatik trieben bei seiner „Analyse“ absonderliche Stilblüten hervor, so wenn es heißt:

„Die Auseinandersetzungen innerhalb der Kampfverbände wuchsen aus sich weiter heraus, veränderten oft ihren politischen Inhalt gegen den Willen ihrer früheren politischen und finanziellen Hintermänner und wurden zu selbständigen Faktoren der entschlossensten Reaktion, zu faschistischen Organisationen. Im Kessel der Verschwisterung durchtränkten sie ideologisch die nationalsozialistischen Organisationen Hitlers, in denen sich der Abhub der zersetzten Zwischenschichten und von den Reformisten enttäuschte Arbeiter gesammelt hatten, und wurden im Entwicklungsprozeß selbst wieder von ihnen ideologisch beeinflußt...“ (Dok. II/5)

Nach der Normalisierung der Lage in Deutschland, die entgegen den Voraussetzungen der Komintern 1924 eintrat, paßte sich auch die KPD den Verhältnissen an, versäumte aber eine kritische Revision ihrer Fehldiagnosen. Die Fraktionskämpfe, die nach Lenins Tod (Januar 1924), innerhalb der russischen Partei um sich griffen und die politische Theorie des Marxismus-Leninismus immer mehr zum Instrument dieser Auseinandersetzungen erniedrigten, ließen eine solche sachliche Selbstkritik auch kaum noch zu. Der Aufstieg Stalins zur Alleinherrschaft war vielmehr begleitet von einer strikten „Bolschewisierung“ der Komintern. Der V. Weltkongreß der Komintern im Juni 1924 erlangte den Ruf des „Bolschewisierungskongresses“, mit der Wirkung einer direkten Unterwerfung der einzelnen Führer der kommunistischen Parteien unter den Willen des ZK der KP der Sowjetunion bzw. ihres Generalsekretärs Stalin. Das bedeutete, daß die politische Linie der deutschen Kommunisten noch stärker als bisher von den außenpolitischen Interessen der Sowjetunion bestimmt wurde.

Stalin und die übrigen Führer der sowjetrussischen Partei sahen in der Stabilisierung des deutschen Kapitalismus durch amerikanische Hilfen die Gefahr einer „Westorientierung der deutschen Politik“ und in deren Gefolge die Gefahr einer militärischen Intervention der großen kapitalistischen Staaten Europas gegen die Sowjetunion. Die KPD ging deshalb entschieden auf Anti-Westkurs, der sich im Kampf gegen den Versailler Frieden und gegen die verschiedenen Reparationspläne ausdrückte. Die Sozialdemokratische Partei, die in der Periode der Stabilisierung an Anhängerschaft gewann, wurde dabei als das größte Hindernis für die KPD und eine Politik der „Ostorientierung“ in Deutschland angesehen. Charakteristisch für diese politische Linie ist ein Manifest, das unter dem Titel „Gemeinsamer Kampf gegen den Völkerbund“ im Jahre 1926 in der INPREKORR erschien:

„Das pazifistische Antlitz von Locarno ist nur eine Maske, hinter der das verbrecherische Spiel der Imperialisten mit dem Leben der Werktätigen fortgesetzt wird... Die Zweite Internationale hat offen und direkt an der Tätigkeit des Völkerbundes teilgenommen... Die sozialdemokratischen Führer haben nicht nur jeden Vorschlag zum gemeinsamen Kampf gegen den Völkerbund abgelehnt, sondern direkt und aktiv im Völkerbundsrat und ähnlichen Organen mitgewirkt... ‚Das Wunder des Friedens hat sich noch nicht erfüllt‘, so schrieb vor wenigen Tagen eine französische Zeitung, aber das Wunder eines neuen

Krieges naht mit unheimlicher Macht heran... Das amerikanische Finanzkapital bereitet neue Zwangsmaßnahmen vor, um allen europäischen Staaten, um ganz Europa das Schicksal des besiegten und ausgeplünderten Deutschland angedeihen zu lassen...“ (INPREKORR, 1926, S. 786)

Demgegenüber wurde der deutsch-sowjetische Freundschaftsvertrag vom April 1926 und der vorausgegangene Handelsvertrag zwischen den beiden Staaten von den Kommunisten als Friedensakt begrüßt, wobei man allerdings die ergänzenden Geheimabkommen über die militärische Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee peinlich verschweig. Auf Weisung der russischen Kommunisten war die KPD bereits vor 1930, d. h. der Zeit, mit der unsere Dokumentation (Kapitel B) erneut einsetzt, auf jene „national-kommunistische“ Linie gegangen, die Leo Trotzki im Jahre 1932 in seiner Broschüre „Gegen den Nationalkommunismus“ heftig kritisierte.

In der gleichen Zeit hatte sich die kommunistische Verketzerung der Sozialdemokratie gesteigert, und es war die Konzeption des „Sozialfaschismus“ entwickelt worden, die in der Theorie-Geschichte des Kommunismus als ein persönlicher Beitrag Stalins gelten kann. Auf dem VI. Weltkongreß im Juli 1928 stand die These vom „Sozialfaschismus“ im Mittelpunkt der Proklamationen und Diskussionen. In einem breit angelegten Referat führte Bucharin, der Führer der „Rechten“ in der Kommunistischen Partei der Sowjet-Union, über den Faschismus aus:

„Die Veränderungen der ökonomischen Struktur des modernen Kapitalismus und die verschiedenen Verschiebungen im politischen Überbau des Kapitalismus sind von neuen sozialen Erscheinungen begleitet. In der Periode des V. Weltkongresses machte der Faschismus lediglich das Anfangsstadium seiner Entwicklung durch. Heute haben wir bereits nicht nur die klassische Form des Faschismus, sondern auch eine Reihe von Übergangsstadien zu ihm. Der Faschismus ist bestrebt, sich als besonderes System, als besondere, mit Verlaub zu sagen ‚Weltanschauung‘, als neues ‚Kulturideal‘ fest zu verankern.“ (INPREKORR 1928, Nr. 89, S. 1681)

Nach kommunistischer Meinung gab es aber kein faschistisches System *sui generis*, der Faschismus war und blieb für die Komintern ein Epiphänomen der bürgerlich-kapitalistischen Herrschaft. Aber er wurde nunmehr die Generalerklärung für die „Stabilisierung des Kapitalismus“ in einer Epoche, die man doch weiterhin als die Epoche der proletarischen Revolution hinstellen zu müssen glaubte. In kommunistischer Sicht half auch die Sozialdemokratie durch Kollaboration mit den bürgerlichen Parteien den Kapitalismus zu stabilisieren und erfüllte so – dieser Konzeption gemäß – dieselbe Funktion wie der Faschismus, sie war Faschismus in anderer Form: „Sozialfaschismus.“ Auf eine rationale Analyse dieses „Sozialfaschismus“ wurde dabei verzichtet. Der Begriff hatte seinen Sinn nur innerhalb der jeder Kritik entzogenen kategoriellen Zweiteilung der Welt in die zwei großen Lager des Kapitalismus und des internationalen Proletariats (geschart um die Führungsmacht der Sowjetunion).

Die Resolutionen des VI. Weltkongresses zu dieser Frage sind gekennzeichnet von den Denk-Kategorien des totalen Krieges. Die politische Theorie wird von

der militärpolitischen Auffassung eines mechanisierten Krieges bestimmt, in dem alle Grenzen zwischen Kampffront und Hinterland verwischt sind und es um „Mobilisierung“ und „Erfassung“ von Millionenmassen geht. Eine Militarisierung der Massen durch den Kapitalismus – so heißt es in den Resolutionen – sei nur mit Hilfe der Sozialdemokratie möglich:

„Die Imperialisten können ihre Kriegspolitik nur dank der aktiven Mitarbeit der internationalen Sozialdemokratie durchführen. Bereits der Weltkrieg 1914 bis 1918 hat die Reformisten als Sozialpatrioten und Chauvinisten entlarvt. Seither ist die Politik der Sozialdemokratie zum offenen Sozialimperialismus ausgeweicht. In allen entscheidenden Fragen sind die Führer der Sozialdemokratie und der Amsterdamer Gewerkschaften nicht nur Verteidiger, sondern sogar aktive Vorkämpfer des Imperialismus. Ihre größte Aktivität entwickeln sie in der Unterstützung der imperialistischen Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion.“ (INPREKORR 1926, Nr. 130, S. 2574)

Sozialimperialismus und aggressiver Faschismus waren demnach nur zwei sich ergänzende Instrumente des anti-sowjetischen Imperialismus. Jede Kritik an der Entwicklung in der Sowjetunion und der Komintern – ganz gleich von welcher Seite sie kam, ob linkssozialistisch, pazifistisch, linkskommunistisch oder trotzkistisch – war „objektiv“ Teil dieser imperialistischen Verschwörung gegen die UdSSR. Der Zweiteilung der Welt entsprach die Zweiteilung der politischen Kampffronten in den verschiedenen Ländern. Zwischen Kommunismus und Faschismus gab es, nach dieser kommunistischen Theorie, keine eigenständige politische Zielsetzung und Kraft. In den Diskussionen des VI. Weltkongresses (1928) bemerkte der Führer der KPD, Ernst Thälmann, zum Referat Bucharins:

„Die deutsche Delegation ist vollkommen einverstanden mit der Grundlinie der Thesen des Genossen Bucharin. Die inneren Widersprüche der Stabilisierung des Kapitalismus treiben zur Revolution, ihre äußeren Widersprüche zum Krieg zwischen den imperialistischen Mächten und ganz besonders zum Krieg gegen die Sowjetunion. Dies muß zur proletarischen Revolution führen. Unsere Aufgabe ist es, gegen die immer akuter werdende Kriegsgefahr die Massen zu mobilisieren und ihr, wo dazu die objektiven Bedingungen vorhanden sind, durch revolutionäre Aktionen zuvorzukommen. Die Sozialdemokratie unterstützt aktiv die imperialistischen Kriegsvorbereitungen. Die Bildung einer Regierung unter Führung der Sozialdemokratie beweist, daß die deutsche Sozialdemokratie ein treibender Faktor der Kriegsvorbereitungen ist. Die Entwicklung des Reformismus zum Sozialfaschismus ist eine allgemeine Erscheinung. Die deutsche Sozialdemokratie durchtränkt das Reichsbanner mit einer nationalistischen, kriegerischen Ideologie...“ (INPREKORR 1928, Nr. 76, S. 1370).

Stalin hat mit den Thesen des VI. Weltkongresses die Kommunistischen Parteien in eine Art von politischen und weltgeschichtlichen Ultimatismus gedrängt, in dem die einfache Formel galt: Entweder Kommunist oder Faschist. Dieser Ultimatismus ließ indessen jede taktische oder propagandistische Schwenkung zu, wenn sie „letzten Endes“ mit diesem Ultimatismus verbal verknüpft werden konnte. In diesem wahrhaft säkularen „Ultimatismus“ – (der Terminus entstammt Trotzki's Schrift „Was nun?“ aus dem Jahre 1932) – waren den Entscheidungen und der Willkür

der Führung auf nationaler und internationaler Ebene keine Grenzen mehr gesetzt; ebensowenig wie der Unterwerfung der kommunistischen Mitglieder und Funktionäre unter den Willen der Führung. Die Führung war durch diesen Ultimatismus für eine ganze Periode historisch legitimiert. Aus der Utopie der kommunistischen Weltrevolution war der Mythos des Kommunismus geworden¹.

Der von der Komintern in Berlin organisierte Internationale Antifaschistenkongreß vom März 1929 nahm eine Resolution ganz im Sinne des VI. Weltkongresses an. In ihr heißt es u. a.:

„Die Erfahrung hat gezeigt, daß in allen kapitalistischen Staaten die bürgerliche Demokratie zur Wegbereiterin des Faschismus wird, und daß die sozialfaschistische Politik der Reformisten geradenwegs zum Siege der faschistischen Reaktion führt.“ (INPREKORR 1929, Nr. 27, S. 599)

In der gleichen Resolution wurde darauf hingewiesen, daß der Faschismus in Italien seine klassische Gestalt gefunden habe und daß er bereits in Polen, Litauen, Spanien, Portugal, Bulgarien, Jugoslawien, Ungarn herrsche. Das faschistische System wüte in Chile, Kuba, Venezuela, drohe in Japan und werde in Indonesien gegen die Nationalbewegung eingesetzt. In China herrsche die „faschistische Kuomintang“. Diese Eingliederung der Kuomintang in einen so breiten und tatsächlich leeren propagandistischen Begriff des internationalen Faschismus irritierte die Teilnehmer des Kongresses keineswegs, obwohl die Kuomintang unter der Führung Tschiangkaischeks noch bis zur Schwenkung Tschiangs im Frühjahr 1927 ein affiliertes Mitglied der Komintern gewesen war. Von einer drohenden faschistischen Gefahr in Deutschland war jedoch weder in dieser Resolution, noch in den Entschlüssen des X. Plenums des EKKI, noch in den Aufrufen gegen die faschistische Gefahr in Österreich im gleichen Jahre die Rede. Dagegen sah die KPD in den Zusammenstößen in Berlin zwischen kommunistischen Demonstranten und preußischer, sozialdemokratisch geführter Polizei am 1. Mai 1929 den schlagenden Beweis für die Richtigkeit ihrer These von der Faschisierung der Sozialdemokratie.

Der deutsche Nationalsozialismus hatte sich in den Jahren 1921 bis 1923 formiert, in der Periode von 1924 bis 1929 fand er seine unverwechselbare Gestalt. Er konnte nach 1924 nicht mehr als „der rechteste oder radikalste Flügel der süddeutschen Konterrevolution“ oder als ein Ableger des „preußischen Nordfaschismus“ bezeichnet werden. Hitler löste seine Partei ganz bewußt von den „Völkischen“ und „Protestnationalen“. Er verzichtete auf die Figur Ludendorffs und auf alle Propagandamöglichkeiten, die mit dieser Figur verbunden waren. Der „Putschismus“ sowohl wie der „Aktivismus“ italienisch-faschistischer Prägung wurden von ihm im Kampf um die Macht entschieden abgelehnt. Er entwickelte eine Strategie, die mit ihrer Mischung von Legalität und Illegalität, kombinierter Ausnutzung des Parlamentarismus und außerparlamentarischer Möglichkeiten, von Gesetzlichkeit und Terrorismus beinahe als kommunistisch zu bezeichnen ist. In „Mein Kampf“ –

¹ Theo Pirker: „Utopie und Mythos der Weltrevolution“, a. a. O., und „Die Moskauer Schauprozesse 1936–1938“. – dtv 1963.

dem von den Intellektuellen der Weimarer Republik so verachteten, von den Kommunisten beinahe überhaupt nicht beachteten Buch – legte er nicht so sehr ein politisches Programm im hergebrachten Sinne vor, sondern seine Weltanschauung, die auf den drei Pfeilern des Antisemitismus, Antimarxismus und Antirussismus beruht. Die Kritiker übersahen, was in diesem Buche eigentlich geschah: Setzung eines Mythos durch einen Mann, den „Führer“. Dieser Mythos war keine rationale Theorie, sondern blieb an den Willen, die Einsichten, die Erleuchtungen des „Führers“ gebunden. Nicht an diesen oder jenen Inhalt des Mythos zu glauben, machte in erster Linie den Nationalsozialisten aus. Nationalsozialist war vielmehr, wer an den Führer glaubte. Nach diesem Kriterium wurden von 1925 bis 1929 die neuen Führer der Partei ausgewählt und alte Führer der Partei, die sich dieser neuen Ordnung nicht beugen wollten, ausgeschlossen, teilweise verließen sie die Partei oder wurden ins vierte oder fünfte Glied gestellt. Der Prozeß, der sich in der Sowjetunion und innerhalb der Komintern zur gleichen Zeit vollzog, war von ähnlicher Natur. Von Kopie kann jedoch auf keiner Seite die Rede sein. Ebensowenig lassen sich die Ähnlichkeit von Hitler- und Stalinmythos und die auf beiden Seiten propagierte ultimative Zweiteilung der Welt in Freunde und Feinde auf eine Kopie zurückführen.

Wenn nach der Stalinschen Konzeption von 1928/29 die sehr verschiedenen Gegner des Kommunismus unter der einheitlichen Bezeichnung „Faschismus“ das Wesen einer einzigen mythischen Gegenmacht annahmen, so verdeckte solche Vorstellung und propagandistisch-polemische Perhorreszierung gerade die reale und spezifische Qualität des Faschismus, die sich damals in Deutschland in Gestalt einer Partei von einigen Hunderttausend Mitgliedern zum Entscheidungskampf um die Macht rüstete, um dann in der Tat zu der großen und bedrohlichen Gegenmacht des Kommunismus und der Sowjetunion aufzusteigen. So verstanden, paßte der Nationalsozialismus in den Stalinschen Mythos, als wäre er ihm entsprungen.

In den im Jahre 1930 meist von deutschen Kommunisten verfaßten INPREKORR-Kommentaren zur Lage in Deutschland bestätigt sich die universale Ausweitung und Leere des Faschismusbegriffs. In einem Artikel Heinz Neumanns vom August 1930 werden sowohl die Not-Verordnungs-Regierung Brünnings wie die Sozialdemokratie als faschistisch, „halbfaschistisch“ oder als Bundesgenossen bei der „Faschisierung Deutschlands“ hingestellt. Und wenn Neumann schreibt, in den bevorstehenden Reichstagswahlen gehe es um eine „Massenentscheidung für oder gegen den Faschismus“, so meint er nicht: für oder gegen die NSDAP, sondern für oder gegen die KPD, denn alle Gegner der Kommunisten galten als Faschisten (Dok. II/7). – Man beginnt zwar der Gefährlichkeit der Nationalsozialisten bewußt zu werden, die „in skrupelloser Weise alle wirksamen Agitations- und Propagandamethoden der KPD für ihre eigenen Zwecke nachäffen“, doch es ist bezeichnend, daß sie nicht als Hauptgegner, sondern – nach der Sozialdemokratie – als „zweiter Hauptfeind der deutschen Arbeiterklasse“ galten (Dok. II/8). Noch nach der Reichstagswahl vom 14. September, die der NSDAP 107 Mandate einbrachte, spricht die kommunistische „Rote Fahne“ der NSDAP jede weiterreichende Bedeutung ab: Ihr

Stimmengewinn sei ein Barometer der wachsenden „Erbitterung über die kapitalistische Mißwirtschaft“, der Hitler-Faschismus sei die „letzte und unsicherste Karte“, welche die Bourgeoisie gegen das revolutionäre Proletariat ausspiele; Hitler komme aber „ein paar Jahre zu spät“, da der Zusammenbruch des Kapitalismus, der „unter den Stößen der Wirtschaftskrise wankt“, nicht mehr aufzuhalten sei: „Der 14. September war der Höhepunkt der nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland. Was nachher kommt, kann nur Niedergang und Abstieg sein“ (Dok. II/10).

Bezeichnend ist auch die These, daß die NSDAP ein „Sammelbecken derjenigen Massen“ darstelle, die sich „von der offen bürgerlichen Führung der anderen Parteien lösen, ohne schon zum revolutionären Proletariat, zum Kommunismus zu stoßen“. Aus der richtigen Erkenntnis der „antikapitalistischen Sehnsucht“ und antibürgerlichen Tendenz innerhalb der NSDAP wird hier der egozentrische Schluß gezogen, daß der Einbruch der NSDAP gleichsam eine Etappe auf dem Wege zum Kommunismus sei, wobei der „verräterischen Politik der Sozialdemokratie“ die Hauptschuld für diese Irreleitung der Massen aufgebürdet wird (Dok. II/9).

Von diesen verharmlosenden oder im Wunschdenken befangenen Kommentaren heben sich nur einige wenige andere ab. Immerhin zeigt sich an ihnen, daß es bis 1932 in der KPD noch Richtungen und Personen gab, die sich nicht nur Unabhängigkeit des Urteils bewahrt hatten, sondern es auch verstanden, ihre Erkenntnisse neben den doktrinären Kommentaren der Partei- und Kominternführung in der INPREKORR zeitweilig zum Ausdruck zu bringen. So veröffentlichte die INPREKORR im September 1930 kurz nach dem Kommentar der „Roten Fahne“ einen Artikel, in dem es hieß: „Der Sieg der Faschisten verdient große Aufmerksamkeit. Er wird in der Zukunft einer allseitigen Analyse unterzogen werden müssen“, nachdem bisher über die NSDAP „weder in der bürgerlichen noch in der sozialistischen Literatur“ Nennenswertes zu finden sei (Dok. II/11). Das war eine kaum versteckte Kritik auch an den Versäumnissen der eigenen Partei. Was solche auf nüchterne Sachlichkeit bedachte kommunistische Analyse noch zu leisten vermochte, zeigt aber vor allem der ausführliche Artikel Hans Jägers vom Juni 1932 (Dok. II/12). Mit großer Differenziertheit, Einführungsgabe und Kenntnis geschrieben, zeichnet er in dieser Zeit stärksten nationalsozialistischen Stimmengewinns ein Bild von der Anhängerschaft der NSDAP, das trotz des kommunistischen Blickwinkels ein hervorragendes Zeugnis zeitgenössischer Beobachtung darstellt. Da entgegen den Prognosen der „Roten Fahne“ die Ausbreitung des Nationalsozialismus zwischen 1930 und 1932 rapide Fortschritte gemacht hatte, konnte sich auch eine so „objektivistische“ Stimme vorübergehend Gehör verschaffen.

Von solcher Nüchternheit der Bestandsaufnahme sind die Komintern-Kommentare nach der Machtübernahme Hitlers bald wieder weit entfernt. Von der eigenen Unbesiegbarkeit überzeugt und im mystischen Glauben an den notwendigen Sieg der proletarischen Revolution befangen, messen sie der nationalsozialistischen Herrschaft nur episodische Bedeutung bei. Das gewaltsame nationalsozialistische Vorgehen gegen die Kommunisten in Deutschland veranlaßt die Komintern zwar zu er-

bitterten Anklagen, kaum aber dazu, die Eigenart des sich bald herausbildenden Führerabsolutismus, die rasche und vollständige Umgestaltung des Staatswesens und der gesellschaftlichen Ordnung in Deutschland und die Befestigung der nationalsozialistischen Macht genauer zu untersuchen und darzustellen. Bis zur Röhm-Affäre vom 30. Juni 1934 bleibt vielmehr die Spekulation auf die „inneren Widersprüche“ des Nationalsozialismus, auf die „wachsende Enttäuschung“ unter den Angehörigen Hitlers tonangebend, außerdem die Überzeugung, daß die „zügellose faschistische Diktatur Hitlers . . . keine einzige politische und wirtschaftliche Frage des heutigen Deutschlands zu lösen“ imstande sei (Dok. II/16).

Ähnlich wie zehn Jahre zuvor bei der Beurteilung des italienischen Faschismus erscheint in dieser Sicht jeder weitere Schritt zur diktatorischen Staatsumgestaltung als veranlaßt durch wachsende Opposition und daher letzten Endes als „Zeichen der Schwäche“. Die Einlinigkeit des Dogmas produziert immer nur dieselbe Formel, so schon Anfang April 1933: „Jeder neue Tag der Regierung Hitler wird immer klarer den Betrug offenbaren . . ., wird immer klarer aufzeigen, daß Hitler-Deutschland in die Katastrophe hineintreibt“. „Die Errichtung der offenen faschistischen Diktatur . . . beschleunigt das Tempo der Entwicklung Deutschlands zur proletarischen Revolution“ (Dok. II/16). Die im Exil lebenden Führer der KPD, darunter auch Wilhelm Pieck, stellten schließlich sogar die These auf, wonach die so schnelle Herausbildung der absoluten Diktatur Hitlers (was in Deutschland in einigen Monaten geschah, brauchte in Italien Jahre) nicht etwa auf eine größere Systemhaftigkeit und Potenz des deutschen Faschismus, verglichen mit dem italienischen, hindeute, sondern im Gegenteil darauf, daß im hochindustriellen Deutschland mit seiner „unbesiegten Arbeiterklasse“ die inneren Widersprüche schneller hervortreten und zu jener Katastrophe treiben würden, die der proletarischen Revolution den Weg freimache (vgl. u. a. Dok. II/18 und II/21).

Eine bemerkenswerte Variante des kommunistischen Vorstellungsschemas trug Karl Radek in einem Artikel vom Mai 1934 vor. Radek verneinte nicht nur, daß der Faschismus eine in jedem Falle „unvermeidliche Periode“ des Durchgangs vom Kapitalismus zur proletarischen Revolution sei, der Begriff der historischen Periode sei überhaupt auf ihn unanwendbar, da er weder in Italien noch in Deutschland die Formierung „neuer Produktionsverhältnisse“ erbrachte habe, er ergebe sich vielmehr unter bestimmten Bedingungen des hochentwickelten und für den Sozialismus reifen Monopolkapitalismus als „letzter Versuch“, den „unvermeidlichen Sieg des Proletariats zu verschieben“, und zugleich als eine Art „Fegefeuer“ dessen reinigende Funktion darin bestehe, „in den Arbeitermassen die reformistisch-demokratischen Illusionen zu töten“ und somit die Bedingungen zu schaffen, „unter denen jene ehernen Scharen herausgeschmiedet werden, die imstande sind, die Macht zu ergreifen“. Unter ausdrücklicher Berufung auf Stalin erklärte Radek in diesem Zusammenhang, daß durch den Faschismus „der Gedanke des Sturmes im Bewußtsein der Massen heranreift“ (Dok. II/22). Halb bewußt, halb unbewußt, drückt sich in diesen Gedanken die Affinität von Faschismus und Kommunismus aus. Bei aller Anklage und Verurteilung faschistischen Terrors begrüßt man doch auch ins-

geheim die mit ihm zutagetretende Gewaltsamkeit, vor allem den Verfall bürgerlich-demokratischer Ordnung.

Der 30. Juni 1934, d. h. die gewaltsame Entmachtung der SA und anderer kleinbürgerlich-proletarischer Elemente innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung, bestätigte wie kein anderes Ereignis die Theorie von den „inneren Widersprüchen“ des Nationalsozialismus, sie war zugleich aber eine schmerzliche Überraschung, da nicht die „rebellischen Schichten“ sich durchsetzten, sondern Hitler, Göring und Goebbels als „Lakaien des reaktionären Finanzkapitals“ und Junkertums. Die RUNDschau vereinfachte den Vorgang zum kommunistischen Bilderbuch-Märchen, indem sie schrieb:

„Hitler war in Neudeck und hat durch Hindenburg die Befehle von Oldenburg-Januschau und der ostelbischen Junker demütig entgegengenommen. Von Neudeck fuhr er zu Krupp und hat von diesem die Befehle der Schwerindustrie und des Reichsstandes der deutschen Industrie unterwürfig in Empfang genommen. Auf Neudeck und Essen folgte dann München. In München und Berlin wurden die in Neudeck und Essen erhaltenen Befehle prompt durchgeführt.“ (Dok. II/23)

Es spricht viel dafür, daß die Ereignisse der Röhm-Affäre, die Hitler von der einzigen potentiellen Gegenkraft im eigenen Lager befreiten und seine Herrschaft damit stabilisierten, auf Stalin einen starken Eindruck gemacht haben und ihn, entgegen bisheriger kommunistischer Voraussage, davon überzeugten, daß mit einer längeren Dauer der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland, infolgedessen aber auch mit einer Verstärkung der deutschen Macht und einer bedrohlichen sowjetfeindlichen Wendung Deutschlands zu rechnen sei. Stalin entschloß sich infolgedessen zu einer umfassenden Revision der bisherigen politischen Strategie und propagandistischen Taktik.

Die Sowjetunion trat im September 1934 in den Völkerbund ein, um von hier aus ihre außenpolitische Linie der „kollektiven Sicherheit“, d. h. der militärischen Einkreisung Deutschlands einzuleiten. Das erste diplomatische Ergebnis war der französisch-sowjetische Beistandspakt vom Mai 1935. Statt der proletarischen Einheitsfront wurde die neue Formel der „antifaschistischen Einheit der demokratischen Kräfte“ bzw. die These von der „Antifaschistischen Volksfront“ geprägt, die Dimitroff 1935 auf dem VII. Weltkongreß der Komintern in Moskau als neue Linie proklamierte. Die neue Tonart der kommunistischen Propaganda zeigte sich sogleich: der deutsche Faschismus galt nicht mehr nur als die ultima ratio der „terroristischen Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“, sondern wurde (für westlich-demokratische Ohren) als „politisches Banditentum“, „mittelalterliche Barbarei“, als „tierischer Chauvinismus“, als „Rückfall in die Menschenfresserei“ usw. abgestempelt (vgl. u. a. Dok. II/26, II/28).

Zugleich betonte man die Bereitschaft, „mit allen und mit jedem zusammenzuarbeiten und zu kämpfen, die willens sind“, auf den „Sturz des faschistischen Barbaren-Regimes hinzuwirken“ (Dok. II/24). Anstelle der höhnischen Angriffe

auf den Völkerbund, in denen man sich seit den 20er Jahren gefallen hatte, trat die Devise von der Welt-Friedensfront und der Sowjetunion als der Führerin der „Friedenskräfte“ (Dok. II/28). Die von Radek 1934 formulierte These von der notwendigen Abtötung der demokratischen Illusionen war nicht mehr zeitgemäß; und während Pieck im Januar 1934 auf den Krieg zwischen Hitler-Deutschland und den Westmächten als den Geburtshelfer der proletarischen Revolution spekuliert hatte (Dok. II/21), hieß es jetzt: „Der Friede ist der gefährlichste Feind Hitlers“ (Dok. II/28).

Die ganze Umstellung des Arsenal der Propaganda und politischen Strategie verfolgte vor allem den einen Zweck: größere Sicherheit für die Sowjetunion. Die politische Theorie des Marxismus-Leninismus hatte abzdanken vor der außen- und militärpolitischen Verteidigungskonzeption. Dabei ist es besonders bemerkenswert, daß aus demselben Bedürfnis nach erhöhter Stabilisierung der Sowjetmacht, das außenpolitisch die Volksfront-Propaganda mit ihren Friedensbeteuerungen und versöhnlichen Gesten gegenüber den westlichen Demokratien auslöste, innenpolitisch eine neue, mit radikalsten Methoden geführte Periode der Ausschaltung aller Gegenkräfte Stalins folgte. Sie setzte ein mit den Prozessen um die Ermordung des Leningrader Parteisekretärs Kirow im Dezember 1934, steigerte sich in den großen Moskauer Schauprozessen der Jahre 1936 bis 1938 und hatte als Ergebnis die „Große Säuberung“, die zur Liquidierung der gesamten potentiellen Opposition und einer vollkommenen Transformierung des Staates und der Gesellschaft der Sowjetunion führte.

Zu Beginn des Jahres 1939 standen sich nicht eigentlich zwei „Weltanschauungssysteme“ im Wettstreit um die Macht in Europa gegenüber, sondern vielmehr zwei moderne Despoten, in denen die Militärpolitik, die Außen- und Innenpolitik sowie die Propaganda allein von dem Willen zweier Despoten abhängig waren. Im Abschluß des sowjetisch-deutschen Nichtangriffspaktes vom August 1939, und der dabei – in den Geheimklauseln – schon vorgezeichneten Aufteilung Polens und Osteuropas zwischen Hitler und Stalin wurde die durch nichts beeinträchtigte und von niemandem kontrollierte Willkür beider Despoten deutlich.

Schon nach dem Anschluß Österreichs im März 1938, der das Machtschergewicht in Mittel- und Osteuropa entscheidend zugunsten Hitlers verschob, war man in Moskau überaus nervös geworden. Die Komintern verzichtete jetzt auf jegliche Interpretation des Faschismus, riskierte auch keine Voraussage seines nahen Sturzes mehr, sondern stand im Banne der faschistischen Expansion, hinter der man, dem alten Vorstellungsschema gemäß, eine geheime gegen die Sowjetunion gerichtete Komplizenschaft des gesamten kapitalistischen Lagers erblickt (Dok. II/29). Nach der Münchener Konferenz vom September 1938 auf der die Sowjetunion nicht vertreten ist, wird diese Zwangsvorstellung noch stärker, zugleich aber dreht sich die Komintern nur noch um Stalin. In seinem RUNDSCHAU-Artikel vom März 1939 liefert Ulbricht als Vertreter der KPD eine bloße Wiederholung und Exegese der Worte Stalins und eine einzige Lobrede auf „den großen Führer des Weltproletariats“ (Dok. II/50).

Auch Stalins Pakt mit Hitler wurde vom Zentralkomitee der KPD vorbehaltlos gerechtfertigt, obwohl die Umstellung gerade deutschen Kommunisten schwerfallen mußte. Der Nichtangriffsvertrag, so heißt es da (Dok. II/34) sei ein großer „Erfolg“, da Hitler-Deutschland durch ihn gezwungen worden sei, den Antibolschewismus und seine aggressive Lebensraum-Theorie aufzugeben. Ein Rest eigener Stimme kommt in der Resolution der KPD nur insofern zum Ausdruck, als der Kampf gegen die Nazidiktatur weithin proklamiert und die Rückgängigmachung aller bisherigen Annexionen gefordert wird – eine Forderung, die um so paradoxer anmutet, als erst der Pakt mit Stalin Hitler den Weg zur großräumigen Annexion und Kolonialpolitik im Osten freigab.

Dieser wie die anderen von der RUNDSCHAU wiedergegebenen Kommentare zum Hitler-Stalin-Pakt bedeuteten vorläufig das Ende jeder weiteren kommunistischen Theorie über den Faschismus. Die Kontroverse Revolution – Konterrevolution hatte sich im opportunistischen Zweckmäßigkeitsbündnis der beiden Kontrahenten ad absurdum geführt.